

Bezugspreis:

Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark...

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Welt und Zeit'...

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise: Die einpennige Sonntagsbeilage...

Erwartungen für die nächste Nummer...

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Sonntag, den 23. Januar 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Albert Thomas vor den Gewerkschaften

Die Aufgaben des Internationalen Arbeitsamts.

Im überfüllten großen Saale des Berliner Gewerkschaftshauses sprach gestern Abend der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes...

Der internationale Schutz der Arbeit

Allen beteiligten Staaten zur Pflicht gemacht worden ist. In der Geschichte der Menschheit...

noch nicht das wirtschaftliche und finanzielle Gleichgewicht

erreicht worden. Außer diesen beiden Aufgaben der Ratifizierungen und der Verhandlungen...

Der Volksentscheid.

Grundfähliche Einigkeit der beteiligten Organisationen.

Im Reichstag traten gestern Nachmittag unter dem Vorsitz eines Vertreters des ADGB...

gemacht. Die große Schwierigkeit sei, sie zu vereinheitlichen. Es wäre von einer großen Bedeutung...

Die Arbeiterschaft der ganzen Welt gleichberechtigt mit beteiligt sei. Es sei von einer nicht zu unterschätzenden Bedeutung...

Albert Thomas weist dann auf die Sprachschwierigkeiten hin. Er wolle nicht auf die Einzelheiten der Posten im Internationalen Arbeitsamt eingehen...

Die Vereinigten Staaten von Europa zunächst wenigstens wirtschaftlich verwirklicht werden. Und hier habe insbesondere das Internationale Arbeitsamt eine große Aufgabe...

Da niemand das Wort verlangte, dankte der Vorsitzende, Genosse Sabath, Genossen Albert Thomas für seine Ausführungen...

Reichsernährungsminister Has-Linde. Endgültig ernannt.

Am 22. Januar, dem Reichspräsidenten hat den Regierungspräsidenten in München, Dr. Has-Linde, zum Reichsminister für Ernährung...

Horthy-Waffen beschlagnahmt. In Deutschösterreich.

Wien, 22. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Am Freitag wurde in Graz ein Transport von 40 Affen mit Gewehren, Maschinengewehren und Munition angehalten...

Die Ermordeten stehen auf...

Mit einer politischen Rede, wie man sie sonst zu hören pflegt, hatte der fast vierstündige Vortrag, den Gen. Dittmann...

Was wußten diese Offiziere von politischen Dingen? Sie waren zur Machtanbetung erzogen, glaubten an die Unbesiegbarkeit Deutschlands...

Die USP war der geheimnisvolle unsichtbar wirkende „innere Feind“. Ihn für alles verantwortlich zu machen, war ein ausgezeichneter Ausweg...

Was an Reichspfeisch und Köbis geschehen ist, kann man einen Justizmord kaum noch nennen, es war ein Mord! Der Justizmord ist die Folge eines richterlichen Irrtums...

Der Mann, der diese beiden Sätze geschrieben hat, der Admiral v. Scheer, mag selber sagen, wie sie miteinander zu vereinbaren sind! Er mag selber sagen, ob sie etwas anderes heißen können als dies: 'Ich weiß, daß diese beiden Menschen nichts begangen haben, wofür sie nach dem Gesetz...

getötet werden können; dennoch sollen sie geädert werden gegen das Gesetz!

Und weil sie getötet werden sollten gegen das Gesetz, versperre man ihnen den Weg zur Gnade des Kaisers, dürfen die unglücklichen Eltern vom geschwundenen Todesurteil gegen den Sohn nicht früher erfahren, als bis es vollstreckt war!

Kann es Menschen geben, die von solchen grauenhaften Tatsachen nicht bis ins Mark erschüttert werden, die sich nicht beiknen, von den Schuldigen abzurücken? Ja, die gibt es! Wir empfehlen jedermann, in diesen Tagen die Rechtsprelle zu lesen. Jedermann soll erfahren, was da mit eiserner Stirn zu recht fertigen versucht wird. Erst genau lesen, nicht was Dittmann gesagt hat, sondern was er aus den Akten vorgelesen hat, und dann lesen, was die Hugenbergpresse, die „Arenzzeitung“, die „Deutsche Zeitung“ dazu zu sagen hat — vielleicht ist das das Mittel, die Gewissen aufzurütteln, die letzten Schleier fallen zu lassen!

Eine Welt von Herren, eine Welt von Sklaven! Nur daß die Welt der Herren so klein und die der Sklaven so groß ist! Nur daß die Sklaven keine Sklaven mehr zu sein brauchen, wenn sie keine mehr sein wollen! In der Demokratie kann die Welt der Herren nur noch von der Sklavengesellschaft leben, die sie in ihrer Presse und sonst mit allen Mitteln der Demagogie zu züchten versucht.

Wahrheit aber befreit, und weil sie die Wahrheit enthüllt hat, war Dittmanns Rede eine befreiende Tat. Die Schande der Vergangenheit brennt uns nur deshalb noch auf der Stirn, weil es noch so viele gibt, die zu ihr zurück wollen. Wir aber brauchen Befreiung! Befreiung von dieser Vergangenheit!

Der Schluß der Sitzung.

Die Zuhörer hatten in den ersten drei Stunden Dittmanns Rede mit steigender Spannung aber mit lautloser Stille angehört. Erst als der Fall Reichsplatz sich zu entrollen begann, entließ sich die Bewegung in lauten Rufsen des Entsetzens und des Abscheus. Man sah Männer und Frauen in Tränen ausbrechen, sah geballte Fäuste. Auch der deutschnationalen Vorsitzende, Abg. Philipp, sprach, als Dittmann geschlossen hatte, von den erschütternden Tatsachen, die dieser mitgeteilt hatte, und er kündigte an, daß diese Tatsachen noch der Gegenstand von Zeugnisaussagen sein werden. Man darf also erwarten, daß die Scheer, Dobring, Loesch, Adams usw. noch vor den Schranken des Untersuchungsausschusses auftauchen werden.

Obwohl Dittmann seinen Vortrag nicht beendet, sondern nur unterbrochen hatte, versuchten der Vertreter des Reichswehrministeriums Korvettenkapitän Canaris und der volksparteiliche Abgeordnete Admiral a. D. v. Brünninghaus zum Wort zu kommen, was ihnen nicht gelang. Brünninghaus konnte nur zur Geschäftsordnung die Bemerkung anbringen, daß er als Korreferent noch nicht in den Besitz der Akten gekommen sei, die Dittmann 4½ Monate lang durchgearbeitet habe. — Ein schwacher Versuch, den Eindruck der moralischen Katastrophe, die die kaiserliche Marine erlitten hatte, zu mildern.

Heute wird Dittmann über den mißlungenen Versuch zur Strafverfolgung unabhängiger Abgeordneter während des Krieges und über die Flottenereignisse vom Herbst 1918 sprechen. Dann kommen der Korreferent des Ausschusses und der Vertreter des Reichswehrministeriums zum Wort.

Die thüringischen Fürsten-Fideikommissionen.

Weimar, 22. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Bei der Beratung des Justizetat's erkundigte sich in der gestrigen Sitzung des Haushaltsausschusses des thüringischen Landtags ein Sozialdemokrat nach dem Stande der Auflösung der Fideikommissionen in Thüringen und fragte insbesondere nach den gebundenen Hausgütern der früheren thüringischen Fürstentümer. Die meisten, sowohl Kapital- wie Landgüterfideikommissionen, darunter auch die früheren Fürsten, sind bereits aufgelöst, dagegen das Koburg-Gothaische Hausfideikommission noch nicht. Man erzählt weiter, daß, wohl im Zusammenhang mit der saisonellen Mitteilung des Abg.

Dr. Rosenfeld im Rechtsausschuß des Reichstags, die thüringischen Amtsgerichte, in deren Grundbüchern Grundstücke des Koburg-Gothaischen Fideikommissiones eingetragen sind, an die Bestimmung des thüringischen Rechts erinnert worden sind, nach der die Belastungen fideikommissionarisch gebundener Güter von der Zustimmung des Auflösungsamts abhängig sind. Damit ist also etwaigen Versuchen, die dem ehemaligen Herzog von Koburg gehörenden Güter durch ausländische Hypotheken praktisch für den Zugriff des Reichs oder Landes zu entwerfen, ein Riegel vorgehoben. Zwischen dem Vorstand des Auflösungsamts und der thüringischen Regierung aber besteht so enge Fühlung, daß eine Genehmigung zu hypothekarischen Eintragungen nur mit Kenntnis der Regierung vor sich gehen kann. Der Vertreter der SPD. machte die Regierung für die Sicherheit ihrer Zusage politisch haltbar und erkundigte sich schließlich, ob die jetzige thüringische Regierung unter den obwaltenden Umständen überhaupt ein Interesse an baldiger Auflösung dieser Fideikommission habe. Die Regierung verneinte das.

Der Meineidszeuge.

Jidior Kreil verhaftet.

Mannheim, 22. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Aus Heilbronn wird der „Mannheimer Volksstimme“ gemeldet, daß dort am Donnerstag der aus dem Magdeburger Prozeß bekannt gewordene 81 Jahre alte Wärlenmacher Jidior Kreil von Kammung auf Grund des Stedriches wegen Erbüetens zum Meineid von der Kriminalpolizei festgenommen und dem Gericht übergeben wurde. Kreil wohnte seit wenigen Tagen im Gasthaus „Zum Hirschen“ in Heilbronn, wo er seiner Unerblichkeit verdächtig vorlam. Als er am Donnerstag in einem anderen Gasthaus sich in lauten Beschimpfungen über die bayerische Justiz erging, holte man die Polizei, die ihn festnahm, seine Identität mit dem Stedrich feststellte und ihn ins Amtsgericht einleitete, von wo er der Staatsanwaltschaft in Augsburg weitergegeben wird.

Oberschlesiens Selbständigkeit.

Dresden, 22. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der ober-schlesische Provinziallandtag verlangt in einer Entschließung für die neue Provinz Oberschlesien eine weitgehendere Selbständigkeit als sie in dem Gesetzentwurf über die Trennung Schlesiens vorgesehen ist. Vor allem wird auch die Trennung der Landesversicherungsanstalt Schlesiens gefordert. Dieser Forderung stehen die freien Gewerkschaften zwar kritisch gegenüber, sie wurde aber auch vom sozialdemokratischen Vertreter Oberschlesiens im Provinziallandtag unterstützt. Ferner verlangt der ober-schlesische Provinziallandtag eine Trennung der schlesischen Landwirtschaftskammer und eine Auseinanderlegung der mit Niederschlesien gemeinsam geführten Kassen und Wirtschaftseinrichtungen durch eine neutrale Schiedsstelle.

Ein kriegstechnischer Schelde-Vertrag.

Die britische Rheinflootte fährt über Frankreich heim.

London, 22. Januar. (M.B.) Neuer zufolge ist zwischen der britischen, der holländischen und der belgischen Regierung vor längerer Zeit eine Vereinbarung über die Beförderung von britischen Truppen und britischem Militärmaterial auf der Schelde geschlossen worden. Zur Kriegsschiffe fremder Nationen dürfen dort nicht passieren, weshalb die Rückkehr der britischen Rheinflootte nach England durch die französischen Kanäle erfolgt.

Kampflieger Richtofens Tod.

Der Handelskommissar Kanadas in Hamburg schreibt dem B.Z. auf Grund amtlicher Feststellungen, daß der Kampflieger Richtofen den tödlichen Schlag in der Luft erhalten hat und um so weniger von Kanadiern nach seiner Notlandung erschossen worden sein könne, als in jener Gegend kanadische Truppen nicht vorhanden gewesen sind. Auch die von der Familie Richtofen genannten Namen und Truppenteile der angeblichen kanadischen Mörder treffen, nach dieser Gegendarstellung, durchaus nicht zu.

Der Parteikampf in Rußland.

Obstruktion der Arbeiterchaft in Leningrad.

Leningrad, 22. Januar. (M.B.) Der Kampf der oppositionell gestimmten Arbeiterchaft in Leningrad gegen die von der Zentralkommission der kommunistischen Partei eingeleiteten Kampagne zur Gewinnung der nicht gefügigen Betriebe verschärft sich von Tag zu Tag. Die Befugnisse strecken dabei vor Anwendung der brutalsten Mittel nicht zurück: sie verhindern gewaltsam das Zustandekommen von Versammlungen der Anhänger der Parteimehrheit, wo dies nicht möglich ist, treten sie offen mit Reden und Resolutionen gegen die von Moskau zur Agitation entsandten Mitglieder des Zentralkomitees auf und haben sogar die von der Parteileitung begonnene systematische „Aufklärung“ der Arbeitermassen durch Verteilung von Aufrufen, Broschüren usw. in einigen der wichtigsten Leningrader Großbetriebe durch das terroristische Auftreten ihrer Anhänger so gut wie ganz lahmgelegt. Ganz besonders bedenklich für die Parteileitung ist die Haltung der kommunistischen Jugend. Diese „junge Garde“, die häufige Ablösung der heute am Ruder stehenden Parteileiter, ist in weite Gruppen hinein mit Oppositionsgeist infiziert. Ihre Mitglieder sind es, die vor allem als lärmende Protestler und Störenfriede in die Versammlung dringen, wo „einmütige“ Kundgebungen gegen die Opposition beschlossen werden sollen. So muß selbst die „Leningradskaja Prawda“, die noch vor einigen Tagen alles tat, um die Opposition als kläglich und geringfügig erscheinen zu lassen, mit größter Besorgnis zugeben, daß in der kommunistischen Jugendorganisation die Opposition einen starken Erfolg erzielt hat. Der Zusatz, daß dieser Erfolg „nur zeitweilig“ sei, wird durch die letzten Leitartikel des Blattes stark abgeschwächt, die immer wieder versichern, daß die Opposition zusammenbrechen wird — um am nächsten Tage eine Verschärfung des Kampfes zu melden.

Im Gegensatz zu diesem eigenen Bericht des im allgemeinen immer gut unterrichteten Ost-Expr. Bureau behauptet die Moskauer „Prawda“ in jeder ihrer Nummern das Gegenteil. Es vergeht kein Tag, wo nicht in der Moskauer „Prawda“ in großer Aufmachung unter der Überschrift „Für die Einheit der Partei“ Resolutionen abgedruckt werden, die in Leningrad von irgendwelchen Parteiorganisationen zugunsten der offiziellen Parteileitung gefaßt worden sein sollen. Freilich geht auch aus diesen Berichten hervor, daß ein hartnäckiger Kampf in Leningrad geführt wird, und daß es bei den Abstimmungen zu stürmischen Auseinandersetzungen kommt. Ein wirklicher Ueberblick ist aber aus der Sowjetpresse nicht zu gewinnen, da jede oppositionelle Äußerung rückwärtslos unterdrückt wird. Die letzte uns vorliegende Nummer der „Prawda“ vom 19. Januar versichert noch in einem tönenden Leitartikel, daß die Leningrader Kommunisten hinter der Parteimehrheit stehen. Freilich genaue zahlenmäßige Angaben zu machen, hütet sich auch dieser Leitartikel der „Prawda“ sehr wohl. Diese Vorsicht kann man wohl, ohne der Wahrheit zu nahe zu treten, als eine Bestätigung des Ost-Expr. ansehen. Man wandelt eben nicht ungestraft in den Bahnen einer extrem kapitalistischen Politik.

Gefängnisstrafen für Streikende.

Moskau, 22. Januar. (M.B.) Das Gouvernementsgericht in Jaroslavl verurteilte eine Gruppe streikender Arbeiter, die wegen Organisation von Streiks angefaßt waren, zu längeren Freiheitsstrafen. In seiner Anklage hob der Staatsanwalt hervor, daß die Streiks sowjetfeindliche Tendenzen gehabt hätten. Das Urteil lautete gegen sieben Angeklagte auf fünf Jahre Gefängnis und auf lebenslängliche Verbannung ins Transbaikalien 16 Personen wurden zur Verbannung nach Ostsibirien verurteilt. Den Angeklagten war verboten worden, Verteidiger zu berufen.

Die holländische Donerke. Rechtsanwalt Simburg will sich ein außerparlamentarisches Kabinett bilden, was dem Fraktionsführer der Christlich-historischen Partei, de Biffer, nicht gelungen ist.

Zukunftstheater.

Von Richard Rainer.

Ich habe immer die Ueberzeugung gehabt, daß nur die eigene Unzulänglichkeit das Menschengeschlecht an der Selbstvernichtung hindert hat, und sehe daher etwas Bedrückendes in der schrittweisen Beseitigung seiner Einrichtungen und Werkzeuge. Niemand wird bestreiten, daß nur die relative Unvollkommenheit der Kriegsmittel die Völker davon abgehalten hat, sich gegenseitig auszurotten; aber der geistige Tod ist der Menschheit oft näher gewesen als der physische. Man stelle sich nur einmal vor, das Mittelalter hätte genug Psychologie im Verstand gehabt, um Scholastik und Inquisition mit der Kraft aprioristischer Ideengeltung — als Erbmassenbestandteile sozusagen — in die Hirne zu verpflanzen. Aller Seelen wären bis heute eingefroren in eisigen Weere starren Glaubens. Oder — die Ordensgeneräle hätten jene Fähigkeit besessen, die gewisse Biologen uns für eine nicht ferne Zukunft zuversichtlich voraussetzen, die Fähigkeit, Geschlecht und Charakter des der Erzeugung harrenden Nachwuchses zu bestimmen: Eine Rasse vollkommener Mönche, erlösend in kalter Frömmigkeit, würde dieses Jammertal bevölkern. Inwiefern besteht gar kein Grund zu der Annahme, daß die zeitgenössische Menschheit jene Kräfte, die weniger wissenschaftlichen Zeitaltern verlagert waren, irgendwie besser verwenden würde.

In farbigerer Baune hat der lebenswürdige Amerikaner Bonamy Dobree jüngst den Zustand des Theaters in einer vollkommen rationalisierten Gesellschaft beschrieben. Sein kleines Werk heißt: „Timotheus oder die Zukunft des Theaters.“ Im Besitze der wohlbekannten Weilschen Zeitmaschine befanderte sich der Dichter in das Jahr 2100 und machte einen Rundgang durch die Theater. Hier entdeckt er, daß die rohe Methode des Hansfällig abgehandelten Menschenschicksals auf den Brethern abgelöst ist von abstrakten Sinnesreizen auf der Basis gesunder psychologischer Prinzipien, die jede gewöhnliche Gefühlsreaktion beim Publikum auslösen. Selbstsame Schatten hängen über die riesenhafte Parabolfläche, die die Bühne vertritt, verwirrende Parfüme greifen die Nüstern an, unartikulierten Töne vibrieren in den Ohren. Zu begreifen gibt es für den zuhörenden, zuschauenden, zurückbleibenden Zuschauer gar nichts, doch erfüllt ihn ein dringliches Gefühl des Opfermuts, und als er die Leute aus dem Theater zur Zeichnung der neuen großen Anleihe in die Nationalbank strömen sieht, begreift er allerdings den Sinn der Vorstellung: Der geldbedürftige Staat hat einfach ein börsenerweichendes Stück von wissenschaftlich unfehlbarer Wirkung bestellt. Die Staatstheater können in den Bürgern jede im Augenblick für die nationale Wohlfahrt notwendige Stimmung erzeugen. Will man einen Krieg, so können kriegerische Erregungen mühelos in jeder gewünschten Stärke erweckt werden, und muß man Frieden machen, so gelangt es in wenigen Stunden, ein eben noch kriegsbegeisterter Auditorium in eine Herde lammenfrommer Pazifisten zu verwandeln. Von der Literatur ist man ab-

gekommen, weil ihre Wirkung zu sehr von der Gefühls- und Denkweise der Individuen abhängt, während direkt auf die Nerven gehende Rhythmen und Gänge den beabsichtigten psychologischen Effekt nie verfehlen. Das Theater ist zu jenem idealen Propagandamittel geworden, das die Vereinigung des demokratischen Prinzips mit der ungefährteten und auf die Dauer verbürgten Herrschaft der einmal bestehenden Oberschicht reiflos ermöglicht. Das Argument, der Einwurf, die eigene Meinung, sind schmerzlos dahingeflogen.

Dieser gar nicht einmal so phantastische Vorbericht macht mich schauern. Mit sorgvoller Teilnahme schaue ich auf unsere Ur-ur-ur-Enkel, deren Gefühle von ihren Staatslenkern reguliert werden. Die Kunst ist immer noch die Zucht des Herzens vor den eisigen Dogmen der Wissenschaft gewesen, ob sie nun als Theologie, Ethik oder Soziologie austrat. Wie aber, wenn die Wissenschaft nun auch nach die Kunst mit ihrem Todeshauch bedeckt, und den atmenenden Geschöpfen die letzte Möglichkeit innersten Ausdrucks nimmt? Das letzte, was bisher der Macht der Staatslenker und Denker noch entrückt war, wird zum Werkzeug ihrer Menschenverachtung. Die Kunst hat uns einst vor dem Puritanertum der Theologie bewahrt, sie schützt uns jetzt vor dem Puritanertum der Wissenschaft. Sollte sie nun aber selbst Wissenschaft werden, Dienerin des einseitigen Intellekts, losgelöst von jenem zutiefst menschlichen Rühren, das uns Dinge fühlen läßt, die wir nie beweisen können — so werden wir endgültig jener unbarmherzigen Logik ausgeliefert sein, der wir bisher entgangen sind, weil sie es noch nicht vermochte, aus uns lauter Mönche, lauter Kantianer, lauter Positivisten zu machen.

Die Entwicklung bewahre uns vor einem Gemeinwesen, dessen Lenker mit seinen Befehlen zugleich seine Gefänge machen.

Wie das Kind den Menschen darstellt“ behandelte Fr. Marg. Martus auf Grund ihrer praktischen Tätigkeiten als Zeichenlehrerin in einem Vortrag in der Psychologischen Gesellschaft. Im ersten Stadium wird nach ihrer Erfahrung kein Kind einen Menschen mit teilweise oder unvollständiger von hinten zeichnen; später kommt das Stadium der Kopfsüßer, in dem die gezeichneten Menschen alle ein Dasein ohne Leib fühlen müssen. Erklärte doch einmal der Referent ein Junge, wenn er einen Soldaten „loos“ klein macht, bekommt er eben keinen Bauch mit drauf. Als dritte ist jene Periode zu beobachten, in der der Mensch zur Hälfte ein face und zur Hälfte im Profil gezeichnet wird. Von ungefähr 11 Jahren an werden die Kinder nur ungenau Menschen zeichnen, vermutlich, weil da die erste Selbstkritik einsetzt und das Wissen die anschauliche Gestaltung stört. Mit den weiteren Ausführungen von Fr. Martus konnte man nicht ohne weiteres einverstanden sein und der Verlauf der Diskussion gab dem Besinnungs des Berichterstatters recht. Die Rednerin behauptete ungefähr, daß sich „alles weitere von selbst“ ergäbe, wenn an geeigneten und erläuterten Vorbildern erst einmal richtig die Größenverhältnisse (Besetz von der Handspanne) und Hauptlinien des menschlichen Körpers eingepreßt worden sind. Abgesehen davon, daß solcher Schematismus der modernen Erziehungstendenz zu künstlerischer Schaffensfreiheit wenig entspricht

und gerade bei Kindern sehr gefährlich werden kann, offenbarte sich hier deutlich der Abstand zwischen dem Künstler, der denkt, weil er's kann, kanns jeder, und dem Laien. Wenn Lehrer oft sagen, Zeichnen heißt nur sehen, dann ist das wohl nur sehr bedingt richtig: Zeichnen heißt auch sehen. Zur einigermaßen befriedigenden Leistung gehört ebenso Talent, und „Talent ist“, wie ein Kind mehr treffend als formell richtig definierte, „wenn man sich keine Mühe zu geben braucht“. Trotz aller wohlgemeinten Systematik wirds wohl immer so bleiben, daß die meisten beim Menschenzeichnen abwarten, „wer's wird“.

Vier Millionen Mark für einen Teppich. Im Pariser Louvre ist zurzeit ein Teppich ausgestellt, der von den Kennern als das schönste Stück der Welt geschätzt wird. Er ist in den Kreisen der Sachkundigen unter dem Namen „Sogdteppich“ bekannt und soll der Ueberlieferung nach von Sklaven für eine der Sommerresidenzen des Schah von Persien angefertigt worden sein. Löwen, Tiger, Panther und Edelhirse wechseln mit Blumen in den herrlichsten Farben ab; ein Bild vom höchsten koloristischen Reiz. Von der französischen Zollbehörde wurde der aus England kommende Teppich auf 120 000 Pfund Sterling geschätzt. Würde er in Frankreich verbleiben, so müßte für ihn ein Zoll von 20 000 Pfund Sterling erlegt werden. Er ist aber nur für kurze Zeit zu Ausstellungszwecken nach Paris verfahren worden und bildet das Hauptstück in der Sammlung seines Londoner Eigentümers Behar. Wie dieser dem Berichterstatter eines Londoner Blattes erzählte, hatte er bereits ein amerikanisches Angebot in Höhe von 200 000 Pfund Sterling abgelehnt. Der Teppich bildete früher einen Teil des österreichischen Hofschatzes und wurde mit der Bewilligung der Reparationskommission an Behar verkauft. Wie die Ueberlieferung berichtet, erhielt ihn Kaiser Leopold im Jahre 1698 von Peter dem Großen zum Geschenk.

Die Fledertätigkeit der Sonne. Die bereits im Oktober 1928 einsehende Fledertätigkeit der Sonne ist, wie aus Hamburg gemeldet wird, jetzt in eine neue Periode getreten und ist stark, daß sie mit unbewaffnetem Auge deutlich erkennbar war. Nach den Beobachtungen der Hamburger Sternwarte ist die zurzeit am oberen Teil der Sonnenscheibe sichtbare Fledergruppe wahrscheinlich am 19. Januar am östlichen Rande erschienen und wird nun allmählich durch die Umlenkbewegung nach dem westlichen Rande angeführt, an welchem sie etwa am 31. Januar verschwinden wird. Wie groß die örtliche Störung auf der Sonne ist, ist daraus zu ersehen, daß in der Längsrichtung der großen Fledergruppe etwa 10 Erdkugeln Platz finden würden.

In der Staatsoper wird Olga Jungberg von der Stockholmer Oper am Sonntag die Elisabeth in „Lindbäcker“ und am Mittwoch die „Salome“ singen. Den Lindbäcker singt Walter Kirchoff.

Die Gestaltung der Erde mit Menschen*. Ueber dieses Thema spricht am 22. abends 7½ Uhr im Saal der Breußischen Akademie der Wissenschaften Unter den Eichen 88. Prof. Dr. P. n. d. Karten sind bei dem Wächter der Akademie, Unter den Linden 28, zum Preise von 2 M. zu beziehen.

Die Schule Reimann teilt mit, daß der Verkauf der Karten für das Kanisterrelief abgeschlossen ist. Eine Klasse im Sportpalast ist nicht vorhanden.

Zentrumsanträge zur Wirtschaftskrise. Einzelforderungen — kein Wirtschaftsprogramm.

In einer längeren Denkschrift hat das Zentrum eine Reihe von Anträgen zur gegenwärtigen Wirtschaftslage zusammengestellt und begründet. Die „Germania“, das führende Zentrumsblatt, bezeichnet diese Denkschrift selbst als ein Wirtschaftsprogramm. Studiert man sie im einzelnen, so kommt man zu dem Ergebnis, daß von einem Programm eigentlich nicht die Rede sein kann, vielmehr nur von einer Reihe einzelner Anträge, die man mag über ihre Zweckmäßigkeit denken wie man will, der einheitlichen Grundlegung und Zusammenfassung entbehren. Damit, daß man Einzelmaßnahmen auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Produktion, der Exportförderung und der Bautätigkeit vorschlägt, ist ein Mittel zur Bekämpfung der gegenwärtigen schweren Wirtschaftskrise und ihrer sozialen Folgen noch nicht gegeben. An dem wichtigsten Punkt, der Beeinflussung der Wirtschaft zu möglichst billiger und vollkommener Produktion bei gleichzeitiger Hochhaltung und Steigerung des Lohnniveaus geht die Zentrumsdenkschrift vollkommen vorüber. Das ist kein Wunder, weil die Partei sich aus Unternehmern und Arbeitern und Mittelständlern zusammensetzt, und weil die Unternehmer bekanntlich weder von ihren früheren Fehlern noch von dem Beispiel des Auslands zu lernen gesonnen sind. Die Lückenhaftigkeit des Programms ist aber noch kein Beweis gegen die Berechtigung der einzelnen Forderungen und deshalb soll auf diese hier noch näher eingegangen werden.

Um die Arbeitsgemeinschaft.

In der Einleitung bezeichnet die Denkschrift es bereits als die wichtigste Aufgabe, die Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wieder herzustellen. Wir glauben, daß dieser Vorschlag in freigewerkschaftlichen Kreisen und selbst bei den christlichen Gewerkschaften nicht überall auf Gegenliebe stoßen wird. Durch die Korruptionsversuche der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände ist der Boden, auf dem sich eine Arbeitsgemeinschaft aufbauen könnte, so verunreinigt, daß man erst ein sichtbares Zeichen der Abkehr der Unternehmer von ihren bisherigen Methoden der Macht- und Korruptionspolitik verlangen muß, ehe über diesen Vorschlag überhaupt näher diskutiert werden kann. So lange aber die Herren v. Zengen und ihre dankbaren Darlehensnehmer, angefangen vom Abg. Behrens bis zum Gemeinderat Schulz, sich der besonderen Günst der Arbeitgeber erfreuen und man ihnen höchstens den Vorwurf macht, sie seien dumm genug gewesen, sich erweichen zu lassen, so lange kann von einer Vereinigung dieser Atmosphäre nicht die Rede sein.

Eine Propaganda für Schwarzbrot.

Der Krise in der Landwirtschaft will man dadurch entgegenwirken, daß eine Propaganda durch die Reichsregierung für den Genuß von Roggenbrot entlastet wird, und daß ferner sogar gesetzgeberische Maßnahmen getroffen werden, um den Verbrauch von Weizenbrot zugunsten des Roggenbrotes zu beschränken. Man ist angezogen der Schwere der landwirtschaftlichen Krise, der Fehlorganisation im landwirtschaftlichen Kreditwesen und vielfach selbst in der landwirtschaftlichen Betriebsweise versucht, zu glauben, daß hier eine Patentlösung vorliegt. Patentlösungen zeichnen sich bekanntlich dadurch aus, daß sie nirgends funktionieren. Medizinische Autoritäten, die den ernährungswissenschaftlichen Standpunkt zur Geltung bringen wollen, haben ihren Kredit im Volke durch ihre Haltung während der Kriegernährungspropaganda vollkommen erschöpft, als man dem Volke einzureden suchte, Hunger sei besser für die Gesundheit als Essen. Im übrigen ist leider aber heute infolge der allgemeinen Notlage ein wachsender Teil des deutschen Volkes gezwungen, auf Weizenbrot zu verzichten, so daß eine Propaganda für den Genuß von Roggenbrot bereits dadurch entbehrlich wird. Was nun die gesetzgeberischen Maßnahmen angeht, so ist auch von ihnen ein Erfolg so lange nicht zu erwarten, als ein kleiner und für die breiten Massen beispielgebender Teil des Volkes immer in der Lage sein wird, den Konsum von Weizenbrot und Kuchen zu pflegen. Gegenüber den Forderungen, die die Sozialdemokratie anfänglich der Forderung zur Agrarkrise erhoben hat, bleiben die Zentrumsanträge von einer geradezu unerfreulichen, weil nur auf Propaganda berechneten Dürftigkeit.

Die Förderung des Exports.

Nicht viel anders ist es bei den Anträgen zur Förderung des Exports. Von einem Schutz der verarbeitenden Industrie gegen die durch die Hochschuldschulden überhöhten Kartellpreise der Rohstofflieferanten ist mit keinem Wort die Rede. Dagegen wird ein System der Exportindustrie zum Vorschlag gebracht, das im einzelnen der Nachprüfung bedarf, im ganzen jedoch demselben Dumpingexport Tür und Tor öffnet, gegen den wir uns bei der Einfuhr von Waren aus anderen Ländern wehren. Gewiß wird in einzelnen Fällen eine Sicherung des Exports gegen Risiken zu erwägen sein. Schon die Finanzierung des Exports wird auf Bedenken stoßen müssen, so lange die eigens für diesen Zweck bestimmten billigen Kredite der Goldbank nicht einmal in Anspruch genommen werden. Man verkennt eben die Ursachen des deutschen Exportrückganges, die in einer künstlichen Verteuerung der inländischen Roh- und Halbfabrikate liegen und legt viel zu wenig Gewicht auf die Dinge, die für die Dauer das Schicksal der deutschen Warenexporte bestimmen. Daß die Gesundung des Inlandmarktes ist Vorbedingung für die Gesundung des Exports ist, das ist dem Zentrum offenbar noch nicht eingegangen. Und wenn es Leute gibt, die das erkannt haben, so erlaubt es der industrielle Flügel dieser Partei nicht, das auch nach außen hin zum Ausdruck zu bringen.

Belegung des Baumarktes.

Außerordentlich beachtlich sind die wichtigsten Teile des Bauprogramms, das das Zentrum vorschlägt. Wenn z. B. die Herabsetzung der Gekochungssteuern für die Wohnungen als elementare und undisputierbare Voraussetzung eines Wohnungsbauprogramms dargestellt wird, so kann dem nur zugestimmt werden. Erinnert sei daran, daß im „Vorwärts“ der Vorsitzende des Verbandes sozialer Baubetriebe, Genosse Dr. Ing. Martin Wagner, immer wieder auf die Notwendigkeit hingewiesen hat, durch Verbilligung der Baustoffbeschaffung und der Bautätigkeit selbst Wohnungen wohlfeiler herzustellen, als das bisher möglich war. Die einzelnen Forderungen, die das Zentrum dazu erhebt, decken sich in manchen geradezu wörtlich mit dem, was Sozialdemokratie und Gewerkschaften auf diesem Gebiete verlangt haben. Doch das Reichenhaus die ideale Lösung vorstelle, darüber würde noch zu reden sein. Aus sozialen Gründen zu begrüßen ist auch die Forderung, Alters- und Bedingenerneuerung für solche landlose Familien und Einzelstehende Wohnungen herzustellen, die die geringere Miete nicht mehr zahlen können. Man muß dabei daran erinnern, daß es sehr viele Leute gibt, die heute nach dem Verlust ihres Barvermögens durch die Inflation ein Einkommen aus der Vermietung möblierter Räume beziehen, deren Wert immer freuwerdiger wird, je mehr die gesetzlichen Mieten steigen und je mehr durch die Einschränkung des Wohnbedarfs, infolge der Wirtschaftskrise, die Nachfrage nach möblierten Räumen zurückgeht. Von diesen Leuten wird ein großer Teil, besonders wenn er durch Alter außerstande ist, sich als Vermieter zu betätigen, in absehbarer Zeit ohne Obdach sein. Deshalb kann grundsätzlich dieser Forderung zugestimmt werden. Auch die Anregung an die Gemeinden, weitgehend Bauland zu angemessenen Bedingungen bereitzustellen, sowie die Herstellung von Straßen, Kanalisation usw. zu verbilligen, kann grundsätzlich anerkannt werden.

Schwere Bedenken bestehen jedoch gegen die Pläne, die das Zentrum zur Finanzierung des Wohnungsbaues vorschlägt. Es soll Auslandskapital für den Wohnungsbau

Die Budapester Gefahr für den Frieden

Frankreich und die Frankenfälschung.

Budapest, 20. Januar.

Während Graf Stefan Bethlen in der Nationalversammlung hochtönende Worte gebraucht, sich mit dem Regenten Horthy identifiziert, und die Opposition mit einer Neuausgabe des weißen Terrors bedroht, hat alle Größen des jetzigen Regimes Angst und Bangen sondergleichen erfaßt. Wann kommt an mich die Reihe, fragt sich ein jeder. Denn sie alle sind in die Fälscheraffäre verwickelt. Am klarsten gab dem Justizminister Pesthy Ausdruck mit den Worten: „Ich kann doch nicht die ganze ungarische Gesellschaft einsperren lassen?“ Denn mehr als 200 ihrer Mitglieder sind in die Fälscheraffäre verwickelt.

Von der jetzigen Regierung oder ihrer Justiz haben die Teilnehmer an dem Verbrechen nichts zu befürchten. Hat man doch selbst die schon verhafteten Geldfälscher angewiesen, den französischen Polizeibeamten nichts zu gestehen, wogegen sie die feierliche Zusage erhalten haben, daß nicht nur die Hauptverhandlung bald und geheim stattfinden, sondern auch sie alle in spätestens zwei Monaten frei sein werden. Aber die Franzosen haben schon die Liste der Hauptmissethätigen in Händen. Die neu angekommenen Franzosen sind noch viel jüdringlicher und rücksichtsloser, als die schon früher hier gewesenen auch der französische Gesandte ist seit seiner Rückkehr aus Paris wie umgewandelt.

So wie Briand dem ungarischen Gesandten Koranyi erklärt hat, Frankreich könne die Untersuchung nicht für abgeschlossen halten, bevor nicht auch der politische Hintergrund der Fälscheraffäre völlig aufgeklärt sei, hat auch der französische Gesandte Clinchant in energischer Weise völlige Aufklärung der Angelegenheit verlangt und mit dem Abbruch der Beziehungen gedroht; das hat er sogar in einem Interview für den „Pesti Naplo“ öffentlich erklärt. „Pesti Naplo“ erschrak aber so sehr vor dieser Offenherzigkeit, daß man vorher das Interview Bethlen unterbreitete, der etwa drei Viertel davon strich.

Man weiß in Paris, und macht daraus auch kein Hehl, daß die Frankenfälschung nur eine Episode in einer großen rechtsradikalen Verschwörung ist, deren Träger in Ungarn, Oesterreich und Deutschland, deren Haupten im bayerischen Monarchistenlager sitzen; Verbindungsmann ist der ungarische Völkerverbandsdelegierte Graf Paul Teleki. Graf Bethlen hat diese Zusammenhänge gar nicht geleugnet und längst bei einer Beisprechung mit seinen Intimen offen eingestanden: „Ich werde kein Verräter an den Deutschen werden und den Franzosen keine Spionagedienste leisten. Das Zentrum der antifranzösischen Verschwörung ist nicht bei uns, sondern in München, und die Frankenfälschung nur ein Behelf dieser Verschwörung.“

In Paris sieht man in der Frankenfälschung nicht bloß eine Bedrohung der materiellen Interessen Frankreichs, sondern eine direkte Gefahr für den Frieden Europas. Man hält es in Paris nach den bisherigen Untersuchungsergebnissen für völlig ausgeschlossen, daß etwa die deutsche Regierung in diese Verschwörung verwickelt wäre. Hingegen genießt die Verschwörung vollste die Duldung und tatkräftige Unterstützung des offiziellen Ungarn. Deshalb muß, um der drohenden Gefahr ein Ende zu machen, das ganze ungarische Regime mit samt seinen führenden Männern verschwinden, und wenn auch konservative, so doch solchen Männern Platz machen, die gegen eine solche Verschwörung genügende Garantien bieten. Wird in Ungarn das jetzige Regime verschwunden sein, dann werden auch die bayerischen und österreichischen Monarchisten ungefährlich für den europäischen Frieden werden, weil ihnen dann die materielle Unterstützung fehlen wird —

beschafft werden und — da die Zinsen dafür zu teuer sind — vom Reich oder den Ländern ein Zuschuß für die Verzinsung und Tilgung der Auslandshypotheken aus Mitteln der Hauszinssteuer geleistet werden. Zur Beurteilung dieses Vorschlages bedarf es einer Würdigung der Verhältnisse am internationalen Kapitalmarkt. Schon vor dem Kriege stiegen die Zinssätze dauernd. An eine Rückkehr zu den Zinssätzen der Vorkriegszeit ist selbst dann, wenn Amerika seinen ganzen Kapitalüberschuß abgestoßen hat, für absehbare Zeit nicht zu denken. Nimmt man nun an, daß das Reich 10 oder 20 Jahre lang Zuschüsse von 2, 3 oder noch mehr Proz. zur Verzinsung und Tilgung von ausländischen Bankkapital hergeben soll (und das ohne jede Gegenleistung), so ist es doch besser, wenn ein größerer Teil der Hauszinssteuer zu billigen Hypotheken oder selbst von vornherein zu Baukostenzuschüssen nutzbar gemacht wird. Als die Gemeinden im Auslande Geld aufnehmen müßten, stellte sich der Reichsbankpräsident Schacht auf den Standpunkt, daß die Privatwirtschaft den ausländischen Geldmarkt zu sehr brauche, als daß man ihn noch mit den Ansprüchen der Kommunen belasten sollte. Dieses Bedenken gilt in viel höherem Maße noch für die Beschaffung von Auslandsgeldern zu Wohnungszwecken, da gerade der Baumarkt es ist, der die längsten Fristen zur Verzinsung und Tilgung seiner Hypotheken braucht. Die Forderung ist daher abzulehnen.

Noch eine ganze Reihe grundsätzlicher Gesichtspunkte, so die Frage des landwirtschaftlichen Siedlungswesens, die Erschließung der ohnedies notwendigen öffentlichen Aufträge zur Bekämpfung der Gegenwartskrise und vieles andere mehr sind in den Zentrumsanträgen unberücksichtigt geblieben. Die Vorschläge der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zur Bekämpfung der Krise sind ungleich systematischer als diese Einzelforderungen, die das Uebel nur an einzelnen Ausläufern, nicht an seiner Wurzel, und auch dann nicht immer gründlich anzufassen suchen.

Proteststurm gegen Tchangtschun.

London, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Aus Peking wird gemeldet: Gegen die Besitzergreifung der Züge der chinesischen Ostbahn durch die Truppen Tchangtschuns haben die ausländischen Konsuln in Tchangtschun, einschließlich des japanischen, bei den lokalen Behörden in der Provinzhauptstadt Peking Protest eingelegt. Der russische Gesandte Karagan hat im Auftrage seiner Regierung an das auswärtige Amt in Peking ebenfalls ein Protestnotiz gesandt, in welcher er die Verhinderung weiterer Ausdehnungen und die Wiederherstellung der Ordnung verlangt. Er macht China für allen entstandenen Schaden und alle Ausschreitungen verantwortlich, erklärt jedoch, daß Rußland bereit sei, mit dem chinesischen Außenministerium die zu ergreifenden Maßnahmen gemeinsam zu erörtern. (Das sollen dann wohl auch gemeinsame Maßnahmen werden, an denen russisches Militär teilzunehmen hätte. Solche Hilfsstruppen wieder hinauszubringen, dürfte dem ehemals Himmlichen Reich verflucht schwer werden. Red.)

und die Unterstützung der mehrere hunderttausend Mann umfassenden ungarischen Armee, die in den Berechnungen der Verschwörer der Hauptfaktor weiter.

Graf Bethlen hält weiter vor der Öffentlichkeit an dem Bündnis mit den Rassechütlern fest, und betont seine Solidarität mit Horthy, aber er denkt schon an einen passenden Nachfolger, mit dessen Hilfe er wenigstens einen Teil der in der Frankenfälschung kompromittierten Leute, und damit sich selbst retten könnte; deshalb seine Anbiederungsversuche an Graf Johann Hadik und Baron Daruvar, von denen man voraussetzt, daß sie in Paris genehm sein könnten. Diese beiden sind nämlich Gegner des Regimes und Anhänger des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts. In Paris legt man zwar, nach verlässlichen Berichten, auf ein solches Wahlrecht größtes Gewicht, fordert aber zu allererst eine moralische Sanierung Ungarns; die hält man nur mit Hilfe eines Konzentrationskabinetts für möglich, das alle bürgerlichen Parteien mit Ausschluß der Rassechütlern umfaßt. Die Sozialisten sollen ebenfalls ausgeschlossen sein, womit sie auch zufrieden wären, da sie, wie die französischen Sozialisten, ein solches Kabinett nur unterstützen wollen. Dieses Kabinett hätte in kürzester Frist auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts Neuwahlen auszuschreiben. Natürlich müßten gleichzeitig die Geheimbünde abgebaut und das öffentliche Leben von den unmoralischen Elementen gesäubert werden.

Die maßgebenden Männer des jetzigen Regimes hoffen noch, daß wie bisher, auch jetzt wieder die englischen Konservativen ihnen hilfreiche Hand bieten werden. Aber diese Sache dürfte doch zu schmutzig sein und zu gefährlich für den Frieden Europas, als daß England Lust hätte, sich für die Frankenfälscher zu verwenden.

Man hofft, ebenfalls nach Pariser Berichten, auch ohne den Völkerverbund mit dem ungarischen Regime fertig zu werden und damit den gesamten kriegerischen, rechtsradikalen Umtrieben einen vernichtenden Schlag zu verfechten.

Rumänischer Horthy-Dienst.

Die Solidarität der Reaktion.

Der Schriftsteller Josef Halmi beteiligte sich stark an der Revolution und flüchtete, als auf die Rätezeit mit rumänischer Hilfe der weiße Terror folgte, nach Wien. Dort hat er durch Zeitungsartikel und das ershörende und auswählende Buch über den grauenhaften Fall der Frau Hamburger zur Aufklärung der Kulturwelt über die Greuel des Horthy-Regimes beigetragen. Verhört soll er eine Redakteurstelle in einer ungarischen Zeitung zu Klausenburg in Siebenbürgen annehmen. Da er es nicht wagen darf, Ungarn zu betreten, reiste er über die Tschechoslowakei. Als er sich auf der rumänischen Gesandtschaft in Wien das Visum holte, mußte er unterschreiben bestätigen, daß die Gesandtschaft eine Haftung für ihn nicht übernehme; das werde bei ausländischen Journalisten immer so gemacht, sagte der Gesandtschaftsbeamte, denn es sei vorgekommen, daß sie verhaftet wurden, und dann hätte es unangenehme Beteiligungen gegeben.

In der tschechisch-rumänischen Grenzstadt, die auch Halmi heißt, wurde der Journalist sofort von rumänischen Gendarmen verhaftet. Wenn er nicht in rumänischen Kerker zugrunde geht, soll er an die Horthy-Berichte ausgeliefert werden; sein Schicksal wäre dann befehle.

Man bedenke, daß die ungarischen Bestrebungen nach Wiederherstellung der „Integrität“, d. h. des alten ungarischen Gebietsumfangs, auch gegen Rumänien gerichtet sind. Aber die Solidarität von 1919 gegen die Revolution ist ein wahrer Herzensbund der ungarischen Szegaren und der rumänischen Bojaren, die ja auch durchaus einander wert sind.

Ein neuer Sündenfall.

Sowjetunion und Weltwirtschaftskonferenz.

Moskau, 22. Januar. (T.S.) In Beantwortung der Einladung von Vertretern der Sowjetunion zur Weltwirtschaftskonferenz richtete der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten der Sowjetunion an den Generalsekretär des Völkerverbundes folgendes Schreiben:

Nachdem ich Ihr Schreiben vom 30. Dezember mit der Mitteilung von der bevorstehenden Einladung des Professors Günzel und des Vorsitzenden des Genossenschaftsverbandes Khintischuk als Mitglieder des vorbereitenden Ausschusses der Weltwirtschaftskonferenz empfangen habe, wäre ich Ihnen, da dieses Schreiben und seine Anlagen uns keine ausreichend klare Vorstellung von den Zielen und allgemeinen Grundfragen der Wirtschaftskonferenz geben konnten, sehr dankbar, wenn Sie die Güte haben wollten, uns ergänzende Aufklärungen darüber zukommen zu lassen. Unaußerordentlich irgendeine falsche Auslegung der Handlungen meiner Regierung zu verhindern, sehe ich mich genötigt, erneut darauf hinzuweisen, daß diese auch weiterhin dem Völkerverbund gegenüber eine ablehnende Haltung einnimmt und sich an den vom Völkerverbund einberufenen Versammlungen oder Konferenzen nur beteiligt, wenn sie rein technische Natur sind oder allgemeinen humanitären Charakter tragen, deren Unterstützung zu den Grundgedanken der Sowjetregierung gehört. Trotzdem die gegenwärtig vorliegenden Angaben über die Wirtschaftskonferenz nicht genügen, ist die Sowjetregierung doch in der Lage, zu erklären, daß sie die Aufklärungsarbeit über die internationale Wirtschaftslage nach dem Kriege für sehr nützlich erachtet. Gleichzeitig hält sie ihren Standpunkt hinsichtlich des Völkerverbundes aufrecht.

Da nun Ihr Schreiben vom 30. Dezember vorläufig die Sowjetregierung nur befragt, welche Haltung sie gegenüber der Einladung von Günzel und Khintischuk als Mitglieder des vorbereitenden Ausschusses einnimmt, so kann ich Ihnen erklären, daß meine Regierung kein Hindernis in dieser Angelegenheit sieht und der Meinung ist, daß die Einladung ihnen unmittelbar zugestellt ist, aber die Bedingung für deren Teilnahme ist die Einberufung dieses Ausschusses in einem anderen Lande und nicht in der Schweiz.

Langsam, langsam — aber sicher folgt auch Moskau dem Zuge der Zeit. Wie lange noch und wie sehen die Moskauer in — Amsterdam und Genf!

Die Tschechoslowakei will Sowjetrußland anerkennen, erklärte der Ministerpräsident der tschechischen Sozialdemokraten; er will es noch vor Wiederbeginn des Parlaments tun. Den Widerstand der Nationaldemokraten trachte er zu beseitigen.

Genosse de Bronckre-Brüssel, belgischer Senator, wird sein Land auf der vorläufigen Abrüstungskonferenz des Völkerverbundes vertreten.

Gewerkschaftsbewegung

Hilfe für die Kurzarbeiter!

Das Elend der Kurzarbeiter, das viel größer ist, als sich die Öffentlichkeit meist vorstellt, ist bis zur Stunde noch immer nicht gemildert. Jetzt nach der Beendigung der Regierungskrise wird es allmählich höchste Zeit, daß in der Kurzarbeiterfrage etwas getan wird. Die frühere Luther-Regierung konnte sich in keiner Weise für die Einführung der Kurzarbeiterunterstützung erwärmen, allein im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstags ist die Einführung gefordert worden und die neue Regierung muß dem Rechnung tragen. Wie wir aus dem Reichsarbeitsministerium erfahren, soll die Regelung der Kurzarbeiterunterstützung eine der ersten Arbeiten des neuen Kabinetts sein.

Nach den geltenden Bestimmungen ist bereits eine Berechnungsgrundlage vorgegeben. Sie bestimmt, daß bei weniger als zwei Drittel des vollen Arbeitsverdienstes 40 Proz. des Unterschiedes zwischen zwei Drittel des Vollarbeiterlohnes und des Kurzarbeiterlohnes plus 10 Proz. für unterhaltungsbedürftige Angehörige zu zahlen wären. Bei einem Kurzarbeiter mit Frau und zwei Kindern kämen also 70 Proz. des Unterschiedes in Betracht.

Von sozialdemokratischer Seite ist schon früher die Forderung aufgestellt worden, nicht die Differenz zwischen zwei Drittel des Vollarb. und des Kurzarbeiterlohnes, sondern die Differenz zwischen Vollarb. und Kurzarbeiterlohn zu nehmen. Bei dem Zögern der Reichsregierung, die überhaupt nicht gern an die Kurzarbeiterunterstützung herangehen will, ist leider nicht damit zu rechnen, daß die sozialdemokratische Forderung durchdringt. Vielleicht kann die Differenz zwischen drei Viertel des Vollarb. und des Kurzarbeiterlohnes durchgesetzt werden. Es ist auch der Vorschlag aufgetaucht, keine besondere Berechnungsart für die Kurzarbeiterunterstützung aufzustellen, sondern dem Kurzarbeiter einfach für die Tage und Stunden der Arbeitslosigkeit die entsprechende jeweilig geltende Erwerbslosenunterstützung zukommen zu lassen. Auch diese Methode hat ihre Mängel, da sie dem Affordobahn nicht gerecht werden kann. Eine ideale Lösung in der Berechnung der Kurzarbeiterunterstützung läßt sich überhaupt nicht finden, und eben deshalb, weil bei der Regelung mit einer ganzen Menge von Schwierigkeiten zu rechnen ist, muß die Stellungnahme der Regierung so rasch als möglich erfolgen, damit nicht erst der halbe Winter vorübergeht, bis die Kurzarbeiter die längst notwendige Hilfe erhalten.

Lohnabbau in der Holzindustrie!

Nach der verunglückten Aussperzung, die der Arbeitgeberverband der Deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes im Juni vorigen Jahres vorgenommen hat, sind die Löhne neu geregelt worden. Es wurden Zulagen vereinbart, die in zwei bis drei Etappen gewährt wurden, von denen die letzte am 15. August fällig war. Diese Regelung sollte bis zum 15. Oktober gelten und von da ab mit 14tägiger Frist kündbar sein. Die Unternehmer haben den jetzigen Zeitpunkt für besonders geeignet und haben deshalb die Lohnabkommen zum Ablauf Ende Januar bzw. Anfang Februar gekündigt.

In der Holzindustrie besteht die Einrichtung, daß zur Zeit das Vertragswesen bezüglich geregelt ist. Es existiert eine größere Zahl von Verbandstarifverträgen. Das sind Rahmenverträge, die, da sie im November 1923 nicht gekündigt wurden, bis zum 15. Februar 1927 laufen. Nur die neben diesen Rahmenverträgen geltenden Lohnabkommen sind gekündigt. Auf Grund der geltenden Verträge finden die Verhandlungen über neue Lohnabkommen gleichzeitig und am gleichen Ort statt. Das nähere Herüber bestimmen die beiderseitigen Zentralvorstände. Falls sich die Vertreter der einzelnen Bezirke nicht einigen, tritt das zentrale Lohnamt zusammen, welches eoll. unter dem Vorsitz eines Unparteiischen eine Entscheidung fällt. Diese Verhandlungen dürften wohl in der nächsten Zeit stattfinden. Daß es den Unternehmern gelingen wird, die geplante Herabsetzung der Vertragslöhne durchzuführen, darf billig bezweifelt werden. Eine Notwendigkeit dazu liegt um so weniger vor, als sich die Löhne der Holzarbeiter innerhalb des allgemeinen Lohnniveaus halten und die Herabsetzung der Löhne das ungeeignete Mittel ist, die Wirtschaft zu beleben.

Für Berlin kommen die jetzt bevorstehenden Verhandlungen nicht in Betracht. Hier gilt ein Tarifvertrag, der im wesentlichen

mit den Verträgen im übrigen Reich übereinstimmt; auch er läuft bis Februar 1927. Dagegen ist das Berliner Lohnabkommen bereits Mitte Oktober abgelaufen, so daß in Berlin ohne Lohnabkommen gearbeitet wird.

Einkommengrenze zur Erwerbslosenfürsorge.

Einbeziehung aller Angestellten bis zu 6000 M. Gehalt.

Der Reichstag hat am 15. Januar ein Gesetz zur Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge verabschiedet, das die Einbeziehung derjenigen Angestellten, die bisher der Erwerbslosenfürsorge nicht unterstanden, vorsieht. Bis jetzt gehörten diejenigen Angestellten der Erwerbslosenfürsorge an, deren Einkommen die Krankenversicherungsgrenze (monatlich 225 M.) nicht überschritt.

Das Reichsarbeitsministerium hat inzwischen die zu dieser Reform der Erwerbslosenfürsorge erforderliche 7. Ausführungsverordnung im „Deutschen Reichsanzeiger“ vom 21. Januar veröffentlicht, obwohl hinsichtlich der Rückwirkung die Zustimmung des Reichsrates zu dem Reichstagsbeschluss noch aussteht.

Zur Erleichterung der Durchführung ist neben dem AfA-Bund eine Anweisung erschienen, die sowohl den Angestellten als auch den Arbeitgebern genaue Auskunft über Beitragsleistung, Anmeldung, Unterstützung usw. für die höheren Angestellten gibt. Die Anweisung ist gegen Einwendung des Portos von der Hauptgeschäftsstelle des Allgemeinen freien Angestelltenbundes, Berlin NW. 40, Werfstr. 7, kostenlos zu beziehen.

Die Zimmerer zum nächsten Verbandstag.

Am 20. Januar nahm die Zahlstelle Berlin und Umgegend in Haerlands Festischen Stellung zum 24. Verbandstag, der ab 10. Mai in Dresden abgehalten wird.

20 Anträge lagen aus den Berliner Bezirken vor, von denen 18 angenommen wurden. In der Frage ob Reichstarif oder nur Bezirks- oder Ortsstarif zu fordern seien, wurde der Reichstarif, da er nicht genügend Bewegungsfreiheit lasse, gegen eine Stimme abgelehnt. Einstimmig wurde beschlossen, daß einem Bezirks- oder Ortsstarif nur zugestimmt werden darf, wenn der Achtstundentag, Ferien, Beurlaubung usw. anerkannt werden. Auch Lohnabstufungen dürfen nur bezirklich oder örtlich abgeschlossen werden. Neben der einstimmigen Forderung besseren Bauarbeiterlohnes, Ablehnung jeder Pflichtenarbeit sowie einigen Anträgen auf Änderung der Satzungen, wurde der Antrag, die Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskongress erfolgt durch Urmahl, gegen eine Stimme angenommen. Den Höhepunkt erreichte die Debatte über Berufs- oder Industrieverband. Schon zum 23. Verbandstag lag bereits aus etwa 30 Zahlstellen, darunter auch Berlin, ein Antrag auf Anschluss an den Bauergewerksbund vor. Auch jetzt wurde unter besonderer Berücksichtigung der Beschlüsse vom 12. Gewerkschaftskongress wiederum gegen nur 12 von 173 gültigen Stimmen ein solcher Antrag angenommen. Ebenso ein vom Bezirk Charlottenburg gestellter Antrag, der verlangt, daß der Zentralvorstand neben den bisherigen ausländischen Gewerkschaften auch den russischen Bauarbeiterverband zum Verbandstag einladen soll, wurde einstimmig angenommen. Berlin schickte sechs Delegierte zum Verbandstag. Vorgeschlagen wurden: Repschläger, Schüll, Ihm, Arntz, Müller und Preuß.

Erfolgreicher Widerstand.

Beendigung der Aussperzung in der Hanomag Hannover.

Hannover, 22. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der am 24. November v. J. begonnene Abwehrkampf und die nachfolgende Aussperzung des Gesamtbetriebes ist jetzt durch einen Vergleich beendet. Die Ursachen der Differenzen waren die Absichten der Werkleitung, alle Affordpresse generell bis zu 20 Proz. abzubauen, ferner für die Zeitlohnarbeiter Abzüge an den tariflichen Leistungen- und Qualitätszulagen durchzuführen. Außerdem plante die Werkleitung sonstige Verschlechterungen. Um ihren Zweck zu erreichen, hatte die Firma im November Betriebsvereinbarungen und Vereinbarungen zwischen den beiderseitigen Organisationsstellen sowie vorliegende Schiedssprüche der tariflichen Schlichtungsstelle einseitig aufgehoben. Die Vermittlungsvorschläge der vom Deutschen Metallarbeiterverband angerufenen tariflichen Schlichtungsstelle wurden von der Firma abgelehnt.

Diese Differenzen führten zur Aussperzung der gesamten Belegschaft am 28. November. Die im Dezember zwischen dem Verband der Hanoverschen Metallindustriellen und dem Deutschen Metallarbeiterverband sowie den übrigen beteiligten Organisationen ausgenommenen Verhandlungen verliefen ergebnislos. Auf einen Vergleichsvorschlag der Arbeiterorganisationen überreichte die Firma einen Gegenvorschlag, in welchem sie zwar jetzt die generellen Affordabzüge fallen ließ, andererseits aber auf den übrigen beabsichtigten Verschlechterungen beharrte. Ferner ließ die Firma mitteilen, daß sie nur die Hälfte der vorher beschäftigten Arbeiter wieder einstellen wolle. Die Verhandlungen zerfielen schließlich.

Auf Veranlassung des Schlichters für den Bezirk Hannover begannen am 12. Januar erneute Verhandlungen, welche nach Ueberwindung vieler Schwierigkeiten zu einem Einigungsvor-

schlag führten. Die Firma hat in den materiellen Fragen jetzt annehmbare Zugeständnisse gemacht, auch in der Frage der Wiedereinstellung der Arbeiter ist eine Verständigung erzielt worden. Danach soll mit Ausnahme eines Arbeiters, dem geschwundene Verletzungen zur Last gelegt werden, keiner der bisher Beschäftigten von der Arbeit ausgeschlossen werden. Die Wiedereinstellung der Arbeit beginnt am 21. Januar. Die Beschäftigung aller Arbeiter ist erst in längeren Zeiträumen möglich. Die Arbeiter werden zu den alten Rechten wieder eingestellt. Eine Belegschaftsversammlung hat dem Einigungsvorschlag mit Mehrheit zugestimmt.

Dieser Erfolg war nur durch das einmütige und geschlossene Zusammenhalten der gut organisierten Belegschaft möglich. Die während des achtwöchigen Kampfes von den Arbeitern bewiesene gewerkschaftliche Disziplin diente ferner Gewähr dafür, daß die Belegschaft in der Lage ist, auch später beabsichtigte Verschlechterungen im Betriebe abzuwehren und im geeigneten Augenblick zum Angriff überzugehen.

Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit in Westdeutschland

Düsseldorf, 22. Januar. (LH.) In einer Konferenz, an der die Regierungspräsidenten von Düsseldorf, Köln, Koblenz, Trier und Aachen, sowie Vertreter der verschiedenen Regierungsbezirke, der Provinz Hessen-Nassau, ferner Vertreter des preussischen Ministeriums des Innern und des Finanzministeriums, sowie des Reichswirtschaftsministeriums teilnahmen, wurde eingehend die durch die industrielle Lage hervorgerufene Arbeitslosigkeit im Rheinlande und in den angrenzenden Bezirken beraten. Durch die Wirkung des Hochwassers hat die Arbeitslosigkeit noch eine erhebliche Erweiterung erfahren, so daß beschleunigte Hilfe dringend notwendig sei. Es wurde beschlossen, ein abgefügtes Verwaltungsvorgehen einzuleiten, das den einzelnen Instanzen es möglich macht, bedeutende Kostendarbeiten sofort in Angriff zu nehmen. Von den Vertretern der Reichs- und Staatsregierung ist die nachdrücklichste Unterstützung in diesen Arbeiten zugesagt worden.

Zunehmende Arbeitslosenziffer in Ostpreußen.

Königsberg, 22. Januar. (Mib.) Das Landesarbeitsamt gibt die Zahl der Erwerbslosen, die infolge des rückschlagenden starken Frostes weiter gestiegen ist, auf rund 50000 an.

Ein Unternehmerstreik.

In den schweizerischen Uhrengehäusefabriken.

Chaux-de-Fonds, 22. Januar. (Mib.) Die Generalversammlung der schweizerischen Uhrengehäusefabriken beschloß einstimmig, die Fabriken der ganzen Schweiz mit dem heutigen Tage zu schließen. Die Maßnahme erfolgt in Uebereinstimmung mit der Arbeitergewerkschaft. Sie bezweckt, die Arbeitgeber der übrigen schweizerischen Uhrenindustriestämme zum Eintritt in die Organisation zu zwingen, um Beständigkeit der Preise zu erreichen. Von der Maßnahme werden 80 Fabriken und 1300 Arbeiter betroffen.

Diese Maßnahme bildet einen ganz merkwürdigen Einzelfall. Die Schweizer Uhrenindustrie des Jura- und Valaisgebietes, die übrigens auch jenseits der Grenze in Frankreich ihre Fortsetzung hat, zerfällt in eine ganze Anzahl von Unterberufen, die einer von dem anderen abhängig und in Klein- und Handbetrieben zerstückelt sind. Nur so erklärt sich dieser sonderbare Streik der Uhrengehäusefabrikanten, durch den der Beitritt der anderen Berufe zur Organisation erzwungen werden soll. Die Behauptung, daß die Arbeitergewerkschaft mit diesem Unternehmerstreik einverstanden ist — die Uhrenarbeiter gehören dem Metallarbeiterverband an —, kann man billig bezweifeln.

Die Arbeitslosigkeit in Polen.

Warschau, 22. Januar. (Mib.) Nach den statistischen Angaben des Arbeitsvermittlungsamtes ist die Arbeitslosenziffer in der Zeit vom 2. bis 9. Januar um 14 917 auf 325 628 Personen gestiegen.

Freie Gewerkschaftsjugend Berlin. Am Sonntag, den 24. d. M., vorm. 10 Uhr, findet eine Besichtigung des Flughafens auf dem Tempelhofer Feld statt. Die Besichtigung ist verbunden mit einem Vortrag: „Die Bedeutung des Luftverkehrs“. Die Teilnahme ist nur gegen Karte gestattet, die unentgeltlich für Jugendliche von der Freigewerkschaftlichen Jugendzentrale, Berlin ED 16, Engelhofer 24/25, 1. Et., Zimmer 7, verabfolgt wird.

Kittana, Zimmerer! Wir machen unsere Kameraden darauf aufmerksam, daß ein großer Teil der neuen Kittanabücher bereits in den Händen der Beiratsmitglieder sind. Wir bitten daher die Kameraden, die Bücher in den Bezirken in Empfang zu nehmen. Zentralverband der Zimmerer, Kohlsche Str. Berlin.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Ernst Salzenstein; Gewerkschaftsbewegung: Reichr. Schlotz; Neuigkeiten: Dr. John Schilowski; Volkes- und Sozialwiss.: Fritz Rastbach; Anzeigen: H. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Verlags-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Norddeutscher Buchdruck- und Verlagsanstalt Paul Sinner u. Co. Berlin SW 68 Lindenstraße 2. Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

Ich werde beneidet

weil meine glänzenden Schuhe den Eindruck meines gepflegten Äusseren erhöhen. Legen Sie gleichen Wert auf Ihr Äusseres, so lassen Sie Ihre Schuhe stets mit Erdal Marke Rotfrosch putzen. Sie erhöhen damit die Lebensdauer Ihrer Schuhe und erhalten deren ursprüngliche Schönheit.

Erdal

putzt die Schuhe, pflegt das Leder!



Allgemeine Drickantenne Berlin-Wilmersdorf

Die Vertreter der Arbeitgeber und Beschäftigten im Anschluß werden hiermit gemäß § 90 Absatz 1 der GewG zu einer außerordentl. Ausübung an Dienstag, den 2. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im Restaurant „Tobinger Hof“, Berlin-Wilmersdorf, Kottbuscher Platz 19, ergebenst eingeladen.

- Agende:**
1. Wahl des Reichstages.
 2. Wahl der Rechnungs-Prüfungsausschüsse für die Jahresrechnung 1923.
 3. Beschlußfassung über den Antrag von Herrn Morgen Westland in Groß-Berlin.
 4. Beschlussempfehlung § 19.
 5. Bericht des...
- Sta.-Wilmersdorf, den 21. Januar 1924
R. Engelhardt, Vorsitzender.
P. Wisemann, Schriftführer.

Beleuchtungskörper

allen Art.
nach sechs monatlichen Raten
Ihr Eigentum.
P. Raddatz & Co.
W66, Leipzigerstraße 123-123

Metallbetten

Stahlmattressen, Kinderbetten gleich zu haben
Karl 630 Jr. Eisenmetallfabr. Suhl Thür. Tel.: Neukölln 4545/47

Zahnpraxis „Ohly“

Ansbacher Str. 52 (am Wittenberg-Platz)
Tel.: Steinplatz 15122.
Garantie für kunstgerechte Anfertigung von Zahnersatz, Plomben in Perz-llan, Gold, Kronen und Brücken. Schonendste Behandlung. Mäßige Preise. — Evtl. Teilzahlung.

Krause
Pianos
zur
Miete
Ansbacher Str. 1,
1. Etage (Kottbuscherplatz)

Quantum-Röhren
u. Dr.-Lampen-Vertrieb
GmbH
Spezialgeschäft
Conrad Müller
Kottbuscherplatz 123

Inlieren
bringt ERFOLG!
Putzwolle,
Putzlappen,
Schleifertücher
haben abzugeben
Gabr. Holzinger,

Herabgesetzt

Püsch-Mäntel jetzt **79.-**
Pelz-Mäntel jetzt **148.-**
Velours de laine jetzt **29.-**

Passendes für stärkste Figuren

Westmann

18, Köhlstr. Mohrenstr. 37 * 2, Köhlstr. Frankfurt Str. 115

Das heilige Feuer.

Die Sitten gegenüber dem Toten haben von jeher alle Völker gekostet. Im Morgenlande wurden und werden noch heute bei vielen Völkern die Leichen der Flamme überantwortet. Die heilige Flamme, die, wie die Hindus glauben, erst die Seele von dem Körper löst und sie mit dem Weltgeist vereint. Es ist bekannt, wie die Verbrennungen der Leichen von indischen Fürstlichkeiten unter großen pompösen Feierlichkeiten vorstatten gehen. Eine Ausnahme von der Sitte des Verbrennens machen die Ägypter und die Juden. Bei den Juden war dafür entscheidend die Armut an Holz in Palästina. Nur die doch sogar das Holz zum Bau des Tempels weithin aus dem Libanongebirge geholt werden. Sie beerdigten daher ihre Toten. In Rom waren zur Zeit des Paulus dreißig Krematorien vorhanden. Die Sklaven waren von dem Vorzug der Verbrennung ausgeschlossen. Ihre Leichen wurden beerdigt und die von den Römern verfolgten Christen, die zuerst meist den Sklaven gleichstanden, befolgten diese Sitte bei. Sie verbanden damit die Vorstellung, daß der Mensch in das Grab gelegt werde zum ewigen Schlaf, zur Ruhe, um am jüngsten Tage wieder aufzuerstehen — auch körperlich. Doch diese Vorstellung dem Dichte wissenschaftlicher Erkenntnis nicht Stand halten kann, bedarf ja keines Beweises. Mit der Herrschaft des Christentums über das ganze Abendland gewann natürlich auch die Sitte der Erdbestattung volle und alleinige Geltung.

Im Krematorium.

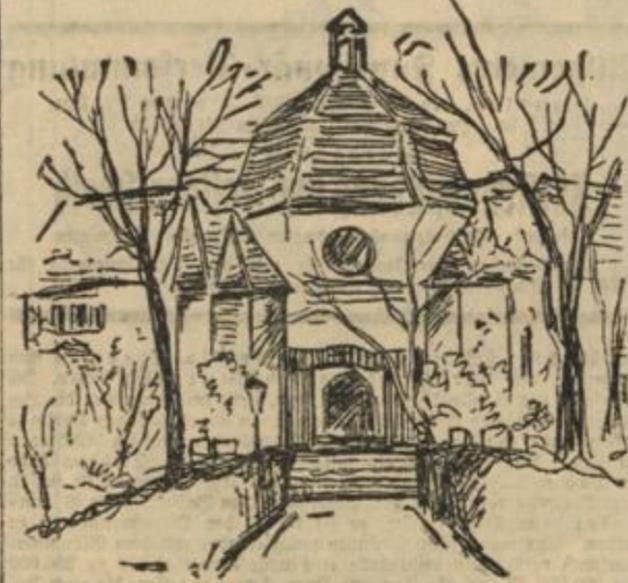
Die Einäscherung erscheint noch vielen Menschen als gewalttätiger Eingriff, man hat eine ganz falsche Vorstellung von dem Akte des Verbrennens. Weil man den Vorgang nicht kennt, verbindet man damit unästhetische oder Grauen erregende Vorstellungen. Man vergißt dabei, daß der tote Körper in der Erde einer langsamen, widerlichen Zersetzung anheim fällt. Im Feuer des Krematoriums geht die Auflösung viel schneller vor sich. Nachdem der Sarg mit der Leiche bei Beendigung der Trauerfeier versenkt worden und im Ofenraum angekommen ist, wird er den Flammen übergeben. Der Ofen ist ganz aus Schamottesteinen gebaut und besteht aus Koksgerzeuger, Brennraum, Aschensammelraum, Gas- und Luftzüge und Schornsteinanal. Der Gas-

zeuger beschränkt. Der Ofen ist jetzt zur Einäscherung fertig. Der eben aus der Kapelle herabgelassene Sarg wird auf die vor dem Ofen befindliche mechanische Einführungsrichtung gebracht, und in den Raum eingeführt. Der Sarg entzündet sich in der glühenden Luft sofort und verbrennt mit allen anderen brennbaren Stoffen, als Bekleidung, Rissen, Decken usw. vollständig. Die dabei durch den Koks herabfallende Asche ist leicht und wird durch den außerordentlich starken Zug im Ofen durch Abzugsanlässe bis zum Fuße des Schornsteins fortgeführt. Die Leiche bleibt unverändert liegen. Der Körper ist im Augenblick mit einer Blühschicht überzogen und da er zu 78 Proz. aus Wasser besteht, erfolgt zunächst eine Verdampfung, die durch Entweichen weicher Dämpfe durch den Schornstein sichtbar wird. Das übrigbleibende Knochengewebe wird nur durch Einwirkung der großen Hitze zertrübt und fällt in einzelne Stücke in den Aschensammelraum. Nach vollkommener Einäscherung, die etwa eine

33,50 bzw. 30 M. Das Abholen der Leichen wird mit 10 bzw. 14 M. berechnet. Die Kosten der Einäscherung betragen im Jahre 1914 noch 85 M., heute 38 M. einschließlich des Aschensammlers. Die sogenannte Armenbestattung hat der sozialistische Magistrat ganz abgelehnt. Auch dem Armen, der auf Kosten der Stadt beerdigt wird, wird Ausschmückung, Orgelspiel und Redner in der Kapelle zuteil. Während früher die Armen auf dem Friedhof in Buch an der Kauer begraben wurden, erhalten sie heute in der Reihe auf dem Friedhof ihres Bezirks ein Grab, das auch von der Friedhofsverwaltung gepflegt wird. Für die Benutzung und Ausschmückung der Kapelle werden 5, im Winter 8 M. einschließlich Heizung berechnet, für bessere 15 M. Es kommen nun nur noch die Kosten für die Urnengartensstelle mit 60 M. für 1 Quadratmeter einschließlich reichlicher Bepflanzung auf die Dauer der Ruhefrist (25 Jahre) in Betracht. Beispielsweise man sich mit einem halben Meter im Quadrat, entstehen nur 10 M. Unkosten. Bei der Erdbestattung kommen viel höhere Kosten in Frage für Gruft, Grabhügel, Bepflanzung, Sargträger u. a. m. Bei einfachster Ausführung kommen hier außer den Kosten für die Kapelle noch etwa 30 M. hinzu. Doppelgräber, Mobilstellen usw. erhöhen die Kosten bis zu 1000 M. und darüber.

Die Feuerbestattungsvereine.

Die Einäscherung findet daher bei der Bevölkerung immer größeren Beifall. In Berlin haben wir jetzt drei Krematorien, ein viertes ist im Bau beendet. Das erste, in der Gerichtstraße, wurde 1912 eröffnet; diesem folgten 1913 das in Trepow und 1922 wurde das in Wilmersdorf eröffnet. Im Jahre 1913 wurden in Berlin 675 Leichen eingäschert, 1920 waren es 4502, 1924 schon 12 420, im laufenden Jahre dürften es etwa 15 000 werden. Da wir im Jahre in Berlin durchschnittlich 40 000 Sterbefälle zu verzeichnen haben, so sind es bereits über 30 Proz. der Toten, die sich bei Lebzeiten für Einäscherung entschieden haben. Bekanntlich wird nach einem rüchständigen Gesetz nur der Leib desjenigen den Flammen übergeben, der handchriftlich unter amtlicher Kontrolle diesen seinen Willen betundet hat. Die Kirche hat sich, wenn auch widerwillig, dem Wandel der Sitte angepaßt. Bei etwa der Hälfte der Einäscherungsfeiern wirken heute Geistliche mit. Es würden ihrer noch



Gerichtstraße.

Stunde dauert, wird die Asche in den Sammelbehälter gezogen und dann in einen Kühlraum gebracht, in dem sie völlig erkalte. Von hier kommt sie, in der überhitzten Stufenform, in die bereitstehende Aschenkapsel, die mit den Personalien des Verstorbenen und der Einäscherungsregisternummer versehen, durch Verlöten amtlich geschlossen wird. Um jede Verwechslung der Asche auszuschließen, wird eine aus Schamotte gebrannte Marke, die auch die Registernummer trägt, vor der Einführung in den Einäscherungsraum am Sarge angebracht. Diese Marke ist unverbrennbar und findet sich dann in der Asche wieder und kommt mit in die Aschenkapsel. Nach erfolgter Entnahme der Asche aus dem Ofen wird dieser mit Stahlbürsten gereinigt, die verbrannte Menge Koks wieder nachgefüllt und in wenigen Minuten kann die nächste Einäscherung vor sich gehen.

Die Kosten.

Wie bei der Geburt des Menschen es bei vielen Eltern häufig an allem Nötigen fehlt, so ist es auch vielfach bei seinem Ausgang aus dieser Welt. Um es gleich vorweg zu nehmen, die Einäscherung ist nicht nur würdiger, sie ist auch wesentlich billiger, als die Erdbestattung. Die zentrale Friedhofsverwaltung der Stadt Berlin, die unter Leitung unseres Genossen Stadtrat Ahrens steht, hat die Kosten für alle Notwendigkeiten auf das äußerst geringe Maß herabgesetzt und damit auch die privaten Institute gezwungen, geringere Preise zu nehmen. Diese sind aber immerhin noch weit höher als die ersteren. Der in städtischen Wertstätten hergestellte Einheitsarg, der bei Einäscherungen vollkommen den Zweck erfüllt, kostet 20 M., im privaten Beerdigungsinstitut 33 M. Bessere Särge bei der Stadt 200 M., dort 400 bis 500 M. Die einfache Dekoration, Sterbemäße, Rissen, Betten usw. 3 bzw. 6 M. Das gleiche aus Seide



Baumschuleweg.

viel mehr sein, wenn nicht, wie bekannt, ein großer Teil der Berliner Bevölkerung auf den geistlichen Trost verzichtete.

Die Feuerbestattungsvereine tragen durch ihre musterzügigen Einrichtungen und ihre niedrigen Beiträge sehr viel dazu bei, die Einäscherung populär zu machen. Die größten dieser Vereine sind „Verein der Freidenker für Feuerbestattung“ und der „Volkseuerbestattungsverein“, der früher auf Berlin beschränkt war, seit kurzem seinen Wirkungskreis auf ganz Deutschland ausgedehnt hat. Für die Hinterbliebenen ihrer verstorbenen Mitglieder übernehmen diese Vereine alle die vielen Beforgungen, die im Todesfälle sonst unter großen Opfern an Zeit



Wilmersdorf.

erzeuger dient zur Erhitzung des Leichenverbrennungsraums, der vier Stunden vor der ersten Einäscherung mit 10 Zentnern Koks gefüllt wird. Der Raum ist so groß, daß ein Sarg bequem darin Platz hat. Ist in dem Verbrennungsraum eine Hitze von 1000 Grad erreicht, so wird durch Schieberstellung an den Luftkanälen die Flamme aus diesem Raum zurückgezogen und auf den Gas-

Die Passion.

Roman von Clara Viebig.

„Sei still,“ bat Eva und kniete am Bett nieder. O ja, sie wußte, warum Sophie heute besonders heftig war, warum ihre Seele sich bäumte, warum sie mit dem Kuchenteller geworfen hatte! Die hatte heute wieder das Bild angesehen, das aus der Mappe genommen, die Photographie, auf der sie drei Jahre alt war. Man hätte ihr das nicht lassen dürfen. Warum wurde das Bild nicht weit weg getan, noch besser, verbrannt! Das Bild eines Kindes, so schön wie Eva noch keines gesehen hatte, mit einem Lockenkopf, mit schlanken Beinchen, mit offenem Mündchen, mit großen Augen, die, süß verwundert über sich selber, zu fragen schienen: Bin ich nicht ein Wunder? Das belah sich die Verwachsene zu oft. Und dann sagte sie die Verzweiflung. „Ich hasse auch meinen Vater; wenn er nicht gewesen wäre, wäre ja auch ich nicht. Ich hasse ihn, ich hasse ihn!“ Sophie hatte die kleinen Hände zu Häufchen geballt.

Wie konnte man nur seinen Vater hassen?! Eva hatte oft Verlangen nach dem ihren getragen, nach diesem fernem Vater, den sie nicht kannte, ein fast krankhaftes Verlangen gehabt, von ihm zu hören. Sie hatte auch die Mutter gefragt, aber die hatte nur immer stumm verneinend den Kopf geschüttelt und sehr traurig dabei ausgesehen. Wie sah er aus?! Eva starrte heute in das nächtliche Zimmer, das nur ein trübes Nachtlämpchen durchdämmerte, und stellte sich ihren Vater vor. Warum hatte die Mutter ihr nichts von ihm erzählt? Weil er sie verführt und verlassen hatte? Rein, darum nicht, darum hätte sie der Tochter doch Auskunft gegeben, etwas anderes ließ sie sich schwerig.

„Ach, mein Vater!“ Eva streckte die Hand nach ihm aus ins Dunkel. Da stand er, ungewiß, schemenhaft, aber doch wurde sein Bild immer klarer und klarer. Groß und schön, klug und gebildet, ein vornehmer Herr. Evas Blicke weideten sich an ihm. Wie hoch war er gewachsen, wie stolz war sein Gang, seine Augen leuchteten, der Geist strahlte aus ihnen! O, dieser Vater, ihr Vater! Evas rege Phantasie hatte ihn mit allen Vorzügen gezeichnet. Jetzt glaubte sie freilich längst zu wissen, warum ihr die Mutter nichts von ihm erzählt hatte, aber wenn auch, wenn er es auch war, der

sie belastete, sie zürnte ihm nicht. Er hatte das Leiden seines Kindes nicht gewollt, er litt selber schuldlos. Nun war er wohl tot, nie würde ihre Sehnsucht gestillt werden, ihn nur einmal in Wirklichkeit zu sehen.

„Armer Vater,“ flüsterte Eva. Sein stolzes Bild war plötzlich zerronnen im Dunkel. Tränen flossen aus ihren Augen.

Eva hatte heute viele milde Worte zu Sophie gesprochen, sie fühlte sich selber glücklich dabei und gehoben, sie berauschte sich an den eigenen Worten, sie war noch jetzt berauscht. Auch Sophie war stiller darüber geworden; und dann hatte sie leise geweint. Zum erstenmal sah Eva sie weinen, sie hielt die Weinende in ihren Armen, streichelte ihr das verzerrte Gesicht, den gewölbten Rücken. Sie küßte ihr die vergilbten Händchen, sie küßte ihr auch den Mund. Unter Evas Liebkosungen war Sophie eingeschlafen.

Wenn es nun Morgen war, dann fing ein anderes, besseres Leben an, so dachte Eva. Sie war voller Hoffnungen. O, wie schön konnte es werden, nun, da sie sich ganz verstanden, Sophischen und sie! Sie würden sich gegenseitig zu Liebe leben. Wie wollte sie ihrer Sophie behilflich sein, mit klinken Füßen für sie laufen, nein, fliegen, ihr alles auf der Stelle herbeischaffen, was die wünschte. Niemals mehr sollte die ungebühdig werden oder gar verzeiwelt über die eigene Unbehilflichkeit. Bis jetzt war sie noch lange, noch lange nicht dienstfertig genug gewesen. Sie sollte Sophie zweimal nach ihr rufen, nie zweimal schellen, sie würde schon vorher ahnen, was sie begehrte, wie sie es haben wollte. Würde es ja stets ahnen, denn wenn man einander so lieb hat, so bedarf es der Worte nicht, ein einziger Blick nach den Augen der anderen genügt schon. Und „du“ sagte man, „du“! Eva empfand eine seltsame Freude darüber. Sie fühlte sich nicht mehr heruntergedrückt. Nicht mehr nur die Dienerin, die bezahlt wurde. Was sie gab, das war ja auch nicht zu be-ahnen, das war ein Geschenk, das sie machte, freiwillig machte. Sie fühlte sich stolz. O, Gott sei Dank, nun konnte sie doch auch einmal danken, geben, brauchen nicht immer nur „danke“ zu sagen! Zu danken würde sie ja doch noch haben — aber viel lieber danken als je bisher — was konnte sie alles von Sophie lernen! Die war ja so klug, hatte alles gelernt, was Lehrer lehren können, und noch viel mehr. Sie las immerfort Bücher — keine Romane, Liebesgeschichten machte sie nicht —, wissenschaftliche Bücher, philo-

sophische Bücher, Bücher, von denen auch einst Albert gesprochen hatte. Die würde sie, die Eva, nun auch verstehen lernen. Und andere Werke: Kunst, Literatur, medizinische Bücher. O, Sophie wußte alles, die kluge Sophie!

Mit einer Fröhlichkeit, die sie behender machte, schlüpfte am Morgen Eva aus ihrem Bett. Zuletzt war sie doch eingeschlafen gewesen, und sie hatte geträumt. Glücklichste Träume, aus ihren glücklichen Gedanken heraus geboren. Sie sah mit der Freundin auf einer Wiese, rot, blau und gelb war die überfüllt von Blumen, alle Farben von Sophies Schleißen. Überall Sonne und Helle, viele Anseln langen. Alles freute sich, nur Sophie klagte: „Mein Buckel!“ Da hob Eva die Hand und rührte an Sophies Rücken, und der Buckel fiel ab wie eine hohle Schale, zwei Engelsflügel waren darin verborgen gewesen, die entfalteten sich. Es geschah genau wie in dem Märchen, das Eva als Kind gelesen hatte. Und nun rührte sie auch den Buckel auf Sophies Brust an, und siehe, auch er fiel ab, sank herunter wie eine leere Hülle. Hüllenlos, weiß und rein, in neuer Schönheit stand Sophie da. Auf schlanken Beinen stand sie ganz gerade, ihr Mund lächelte, ihre Augen strahlten, schlennen verwundert über sich selber zu fragen: „Bin ich nicht ein Wunder?“

Eva konnte es nicht erwarten, bis Sophie erwachte; sie stand schon lange vor dem Bett. Als die Budlige nun die Augen aufschlug, die heute freundlicher blickten, weicher als sonst, stürzte sich Eva am Bett nieder, küßte die bläulichen Händchen, die vergilbten Wangen, den vertrockneten Mund: „Meine liebe Sophie, guten Morgen! Ich habe geträumt, von dir geträumt! Einen herrlichen Traum!“ Und sie erzählte. Sie schloß: „O, wie warst du so schön!“

„Ach war es.“ Das war wieder der alte verbitterte Klang.

„Rein, du bist es,“ rief Eva enthusiastisch. „Für mich bist du schön!“

„Rein Kind, du bist überspannt,“ sagte jetzt Sophie, sie sagte es aber freundlich. „Doch du bist ja lieb, du meinst es gut. Gib mal den Spiegel her!“ Sie besah sich prüfend, die Stirn zusammengezogen, und dann sagte sie mit einem Anheulen, das ihr finsternes Gesicht etwas erhellte, es weniger amülos machte: „Ach komme mir heute selber nicht so häßlich mehr vor.“

(Fortsetzung folgt.)

und Geld und oft unter diesem Verdruß von den Angehörigen erlitten werden müssen. Aus Orten, an denen ein Krematorium nicht vorhanden ist, wird die Leiche abgeholt und nach dem nächstgelegenen Krematorium übergeführt.

Die Entwicklung von der Erdbestattung zur Einäscherung ist aber auch aus sanitären Gründen nur zur Bewillkommen. Man sehe sich Berlin an. Ein Viertel von Friedhöfen umschließt die Stadt. Welch große Ausfallstraße man auch, der Peripherie zustrebend, durchschneidet, überall finden sich Friedhöfe, zum Teil auch mitten in der Altstadt, und immer neue müssen angelegt werden. Sie alle sollte man erhalten, aber nicht als Bestattungsorte für Tausende von verwehenden Menschenleichen, sondern als Urneaparks, ausgeschmückt und gepflegt mit aller Liebe und Fleiß, die wir unseren Toten entgegenbringen.

Montag Baubeginn der AEG-Bahn.

Gestern nachmittag ist im Rathaus die gemischte Deputation für Bau- und Finanzierung der AEG-Bahn zum zweiten Male zusammengetreten, um die Berichte des technischen und finanziellen Unterausschusses entgegenzunehmen. Die Deputation beschloß endgültig und einstimmig der Stadtverordnetenversammlung zu empfehlen, daß der Bau der AEG-Bahn auf der Straße Hermannplatz-Neanderstraße sofort begonnen werden soll. Die Bauausführung soll durch das bei den bisherigen Untergrundbahnbauten der Stadt bewährte Bauamt der Nord-Süd-Bahn erfolgen. Für die Arbeiten der ersten Wochen können Gelder von der Stadt dadurch käuflich gemacht werden, daß sie ihre Beteiligung an der Reichsgetreidestelle abstößt. Die weiteren Maßnahmen zur Finanzierung, die zumest vertraulich behandelt werden, lassen die Hoffnung berechtigt erscheinen, daß es gelingen wird, in absehbarer Zeit den ganzen Bau der Bahn bis nach Gesundbrunnen zu sichern. Der Magistrat wird auf Grund der gestrigen Beschlüsse eine vorläufige Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung machen, mit deren einstimmiger Annahme man rechnen kann. Mit dem Bau soll Montag begonnen werden.

Das Unglück in der Kirchstraße.

Die Leiche des Seifenhändlers Mans geborgen.

Die Aufräumungsarbeiten, die von der Feuerwehr der drohenden Einsturzgefahr wegen am Mittwoch nachmittag unterbrochen werden mußten, konnten in den gestrigen Vor- und Nachmittagsstunden fortgesetzt werden. Wie wir bereits mitteilten, war eine Baufirma mit der Errichtung eines Gerüstes beauftragt worden. Gestern vormittag waren nun die Verstärkungen und das Gerüst fertiggestellt, so daß die Aufräumungsarbeiten fortgesetzt werden konnten. Gegen 1/3 Uhr nachmittags stießen die Behreute im Keller auf die Leiche eines Mannes, die Untersuchung ergab, daß es sich um den bisher vermißten Seifenhändler Mans handelte. Mans wurde in seinem Bett in liegender Stellung aufgefunden und war völlig unversehrt. Es ist daher anzunehmen, daß er vielleicht schon vorher einer Gasvergiftung erlegen ist und dann nach Eintritt der Katastrophe mit seinem Bett in den Keller stürzte, wo er gestern aufgefunden wurde. Die Leiche wurde durch die Feuerwehr nach dem Schauhaus transportiert. Die Aufräumungsarbeiten können nun weiter fortgesetzt werden, so daß die Untersuchungskommission an den Explosionsherd gelangen kann. Interessant sind einige Zahlen über den Schaden, der durch die Katastrophe entstanden ist. Der Gebäudeschaden wird auf etwa 200 000 Mark beziffert, das zerstörte und vernichtete Wohnungsmobilien soll die Summe von etwa 100 000 Mark ausmachen. Zurzeit schweben noch Verhandlungen, ob und wie der Wiederaufbau, bzw. die Aufbesserung des schwer beschädigten Hauses vor sich gehen soll. Wie wir noch erwähnen, soll in spätestens zwei bis drei Tagen die Untersuchungskommission soweit sein, daß der Öffentlichkeit die Ursache der Explosion unterbreitet werden kann.

Aufruf zur Hilfeleistung.

Die Bezirksarbeitsgemeinschaft der amtlichen und freien Wohlfahrtspflege im Bezirk Berlin-Tiergarten, geg. Doffein, Bürgermeister, schreibt uns:

„Das Explosionsunglück Kirchstraße 9 hat viele Familien um Hab und Gut gebracht. Die amtliche Hilfe kann nur der Bedürftigkeit abhelfen. Deshalb — Mitbürger helft euren in Not geratenen Mitbürgern und sendet Geldspenden an das „Sonderkonto Kirchstraße 9 der Bezirksarbeitsgemeinschaft Tiergarten, Sporkasse 4, Berlin NW 23, Brüdental 21“. Sachspenden bitten wir zu machen an das Bezirksamt Tiergarten, Berlin NW 23, Klopstockstraße 24, Hanfa 2700-2708.“

Eine deutschnationale Säule.

Die Unterschlagung bei der Krankenkasse in Wannsee.

Wie wir bereits mitteilten, ist der langjährige Geschäftsführer der Ortskrankenkasse in Wannsee, Schmußli, der in der Ortsgruppe Wannsee der Deutschnationalen Partei eine große Rolle spielte, plötzlich seines Postens enthoben worden. Dazu wird jetzt folgendes mitgeteilt:

Bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Wannsee sind seit geraumer Zeit erhebliche Unregelmäßigkeiten vorgekommen, die das Eingreifen des Bezirksamts Zehlendorf notwendig machten und die dazu führten, daß nicht nur der Leiter der Ortskrankenkasse Schmußli, sondern auch andere Beamte ihres Postens enthoben worden sind. Schon im Dezember wurde von Angestellten und Firmen darüber Klage geführt, daß über die gezahlten Beiträge keine ordnungsgemäße Berechnung erfolge. Das Bezirksamt Zehlendorf beauftragte daraufhin Stadtmannm. Wicht von der Finanzabteilung mit der Nachprüfung dieser Beschwerden, und eine Kontrolle der Bücher ergab, daß von einer gewissen Buchführung keine Rede sein könne. Die Fehlbeträge in der Kasse sind, wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, sehr erheblich und dürften den Betrag von 30 000 M. überschreiten. Die mit der Revision beauftragte Kommission dürfte noch längere Zeit zu tun haben, ehe die Unterschlagungen in voller Höhe sich aufklären lassen, da von Schmußli und seinem Helfershelfer wichtige Unterlagen beiseite gebracht oder vernichtet worden sind. Schmußli, der persönlich mittellos ist und in der Villa seines Onkels lebte, war noch dem Kriegen in die Veriraunstellung eingesetzt worden und machte sich im letzten Jahre durch große Geldausgaben, die sein Gehalt weit überstiegen, verdächtig. Nachdem es jetzt festgestellt ist, daß die Unregelmäßigkeiten nicht aus Fahrlässigkeit begangen worden sind, hat das Finanzamt Zehlendorf der Polizei und der Staatsanwaltschaft Mitteilung gemacht. Es ist daher mit der Festnahme Schmußlis und des zweiten suspendierten Beamten zu rechnen.

Der Prozeß Holzmann-Bartels.

Am siebenten Verhandlungstage wurde der Fall Valuska erörtert. Es handelt sich hierbei um die Freundin Holzmanns, der der Angeklagte Bartels die Aufenthaltserlaubnis erteilt hat. Auch in diesem Falle wird Regierungsrat Bartels zur Last gelegt, Holzmann eine Gefährlichkeit erwiesen und nicht ordnungsgemäß behandelt zu haben. Der Angeklagte Bartels betonte, daß er Valuska, die sich auch Tomara Valuska nannte, zweimal dienlich und einmal nach dem Theater gesehen habe. Er habe nicht

gewußt, daß sie die Freundin Holzmanns sei. Sie habe wenn Ronars auf die Aufenthaltserlaubnis warten müssen und habe sich deshalb persönlich an ihn gewandt. Er versicherte, daß keine Bestechung vorliege, sondern daß die Ausstellung nur auf Grund seiner allgemeinen Anschauung erfolgt sei. Die Verhandlungen wurden auf Sonnabend vertagt.

Der Zusammenbruch der Komischen Oper. Eine Gläubigerverammlung.

Wie stark der Andrang der Gläubiger von James Klein zu der vom Gläubigerausschuß gestern einberufenen Versammlung war, geht am besten daraus hervor, daß der zuerst in Aussicht genommene Versammlungsraum sich als zu klein erwies. Bretschneider, der Leiter der Versammlung, führte einleitend aus, daß die Verträge von Klein, sich als Opfer einer Hehe hinzustellen, irreführend seien. Er sei auch kein Opfer der Not der Zeit. Er habe bis in die letzte Zeit ein Leben der Verschwendung geführt und habe noch, als er schon mit erheblichen Verpflichtungen im Rückstand gewesen wäre, ein Bankett im „Russischen Hof“ gegeben, dessen Kosten in Höhe von 1800 M. allerdings bis heute noch nicht bezahlt seien. Klein siehe auch mit der Wahrheit nicht auf dem besten Fuße. Man habe sich an den Bühnenverein gewandt, um diesen zu Schritten zu veranlassen. Der Bühnenverein habe die Erläuterung abgelehnt, daß Kleins schwierige Lage bekannt sei, daß er sich bemüht habe, soweit es ihm seine Verhältnisse gestatteten, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Wenn er in Schwierigkeiten geraten sei, so trage in der Hauptsache die Lasten daran Schuld, daß

Allgemeine Funktionär-Versammlung

Dienstag, den 26. Januar 1926 — abends 7 1/2 Uhr im „Deutschen Hof“, Ludowikstraße 15

Tagesordnung:

Zürückführung und Volkstümlichkeit

Referent: Reichstagsabgeordneter Wilhelm Dittmann

Zutritt haben nur Funktionäre mit dem Parteiausweis für 1926. — Mitgliedsbuch muß vorgezeigt werden.

der Wächter und der Käufer des Apollo-Theaters ihre eingegangenen Verpflichtungen nicht erfüllt hätten. Die Käuferin des Apollo-Theaters, die Frau, stellt demgegenüber die Behauptung auf, daß Klein in dem von ihnen abgeschlossenen Vertrage erklärt habe, mit den Zinsen für die Hypothek nicht im Rückstand zu sein. Das habe sich als falsch herausgestellt. Trotzdem habe die Frau nach ihrer Behauptung alles das erfüllt, wonach sie sich in dem Vertrage verpflichtet hat. Gegenüber dem Beisitzer Blauvokalt hatte Klein erklärt, er sei bereit, den Offenbarungseid zu leisten. Aus moralischen Gründen wolle er aber mit dem Gläubigerausschuß verhandeln und wolle eine neue Hypothek bis zu 250 000 bis 300 000 M. auf die Komische Oper eintragen lassen, die nach Zuzufügen aus der Versammlung mit 1 200 000 M. belastet ist. Nach Mitteilung von Dr. Hamburger, der den Präsidenten der Bühnengemeinschaft Riedel als Gläubiger vertritt, hat er für seinen Klienten heute einen Arrest in Höhe von 25 000 M. herausgebracht. Es sei möglich, durch eine außergerichtliche Vereinbarung mit den Gläubigern Klein vielleicht dahin zu bringen, seine Vermögenswerte den Gläubigern zu überlassen, und diese Masse müßte unter die Gläubiger quotenmäßig verteilt werden. Nach Bretschneiders Ansicht ist die Befreiung eines Konkurses deswegen gering, weil James Klein als Geschäftsführer einer G. m. b. H. wegen Ueberschuldung den Konkurs hätte anmelden müssen, und weil er dies nicht getan hätte, aber auch aus anderen Gründen mit dem Befehl in Konflikt gekommen sei. Es sei das Zweckmäßige von einem Gläubigerausschuß, das Spiel der Reue aufrechtzuerhalten zu lassen, was für die Gläubiger um so aussichtsvoller sei, als die „Komische Oper“ bisher gute Einnahmen gehabt habe, die allerdings stets gepfändet worden seien.

Die Versammlung wurde bei Schluß des Berichtes fortgesetzt.

Die Grundwassergefahr in Niederschönhausen.

Das Wasser in den Kellern von Niederschönhausen steigt täglich um einige Zentimeter, so daß an verschiedenen Stellen bereits eine Höhe von über einem Meter erreicht ist. Die Untersuchung hat ergeben, daß die Ursache dafür nicht in der vor zwei Jahren erfolgten Stilllegung des Wasserwerkes zu suchen ist, sondern daß sie in den allgemeinen Bodenverhältnissen und außerdem in dem diesmal besonders nassen Winter liegt. Der Boden ist nämlich wellenförmig von einer starken undurchlässigen Tonsschicht durchzogen, durch die das Regenwasser nicht durchdringen kann und so natürlicherweise einen anderen Weg suchen muß. Das zuständige Bezirksamt Pankow hat zur Beseitigung der Risiken einen Plan ausgearbeitet, nach dem durch ganz Niederschönhausen ein zwei Kilometer langer Regenwasserkanal geführt werden soll, der mindestens einen halben Meter unter der Sohle der Hauskeller liegen wird. Außerdem soll die Pante, die vollständig verchlammte ist, um einen halben Meter ausgebaggert werden. Die Kosten hierfür würden sich auf etwa 450 000 M. belaufen. Vom Berliner Magistrat sind aber nur 150 000 M. für diese Zwecke bewilligt worden, wodurch die Durchführung der Arbeiten erheblich erschwert wird. Da schon jetzt bei einigen Häusern infolge des in das Mauerwerk eingedrungenen Wassers Einsturzgefahr besteht, ist eine baldige Inangriffnahme der geplanten Arbeiten dringend notwendig, um so mehr, als die Grundwassergefahr bei eintretendem Tauwetter in beträchtlichem Maße wächst.

Natureisbahn im Spreewald.

Eine herrliche Natureisbahn bilden zurzeit die weithin überschnittenen Wiesen des Oberspreewaldes. Der Frost hat das über die Ufer getretene Wasser der Spree zu tragbarem Eis erkarrten lassen, so daß man von Lübben über Lübbenau oder Müllau bis nach Burg herrliche Eiswanderungen auf Schlittschuhen

Das Rundfunkprogramm.

Sonnabend, den 23. Januar.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
3.45 Uhr nachm.: Onkel Doktor als Märchenzähler: „Vom Knaben, der auf Eis ging“. (Erzählt von Dr. med. E. Mosbacher).
4.30—6 Uhr nachm.: Nachmittagskonzert der Berliner Funkkapelle. Leitung: Konzertmeister Ferd. Kaufmann. 6.45 Uhr nachm.: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Sprachunterricht. Direktor Julius Glück; Esperanto. 7.15 Uhr nachm.: Leopold Lehmann: „Wie sieht es in unseren Parlamenten aus?“
7.45 Uhr nachm.: Hans-Bredow-Schule (Hochschulkurse). Abteilung Photochemie. Geh. Reg.-Rat Dr. A. Miethe: „Ziele und Wege der Naturfarbentherapie“. Die Farbenwahrnehmung durch das Auge“. 8.30 Uhr nachm.: Wagner-Abend. Dirigent: Dr. W. Buschhöcker. 1. Faust-Ouvertüre. 2. Einleitung zum III. Akt „Tannhäuser“. 3. Einzug der Götter in Walkall aus „Rheingold“. 4. Siegfried-Idyll. 5. Siegfrieds Rheinfahrt aus „Götterdämmerung“. 6. Ritt der Walküren aus „Walküre“. 7. Einleitung zum III. Akt. Tanz der Lehrbuben. Aufzug der Meister-singer. Berliner Funkorchester. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst. 10.30—12 Uhr nachm.: Tanzmusik.
Königswusterhausen, Sonnabend, den 23. Januar.
3—3.30 Uhr nachm.: Professor Dr. Amsel: Einheitskurzschrift. 3.30—4 Uhr nachm.: Prof. Dr. Amsel: Einheitskurzschrift. 4 bis 4.30 Uhr nachm.: C. M. Alster und Fräulein G. van Eysser: Spanisch für Anfänger. 4.30—5 Uhr nachm.: Fräulein Rechtsanwältin Dr. Behrend bzw. Frau Dr. A. Zahn-Harnack: Die Frau als Bürgerin.

unternommen kann. Auf den Straßen und Gräben, die infolge der Strömung stellenweise noch nicht fest genug sind, wird allerdings Vorsicht geboten sein. Auch mag der leichte Schneefall etwas behindern. Nichtsdestoweniger aber bietet der winterliche Spreewald dem großstädtischen Naturfreund reizvolle Landschaftsbilder. Als Eingangspunkt wähle man Lübben. Es empfiehlt sich, eine Sonntagskarte nach Lübbenau (4. Klasse 3,60 M.) zu lösen und dann die Rückfahrt von Lübbenau anzutreten. Die Eisenbahnverbindung ist folgende: ab Berlin Gröblicher Bf. 7 Uhr oder 7.50 Uhr (Rückfahrtskarte 12 Minuten später) nach Lübben oder Lübbenau. Rückfahrt ab Lübbenau 4.22 Uhr oder 7.39 Uhr (ab Beishau 4.01 Uhr — Rückfahrtskarte 4,10 M.).

Ausfall des Sonderzuges nach dem Riesengebirge. Die Reichsbahndirektion Berlin teilt mit, daß der für den 23. und 24. Januar geplante Wochenend-Sonderzug nach Krummhübel-Oberfahretsbau wegen ungenügender Besetzung ausfallen muß. Die bereits gelösten Fahrkarten werden bei den Ausgabestellen, bei denen sie gekauft wurden, gegen Erstattung des Fahrgeldes zurückgenommen.

Von der Straßenbahn totgefunden wurde gestern die 50 Jahre alte Ehefrau Helene Reuter aus der Gormannstr. 8 beim Ueberschreiten des Bahndammes in der Rosenhaldener Straße. Frau W. wurde von einem Straßenbahnzug der Linie 3 erfaßt und so schwer verletzt, daß der Tod nach wenigen Minuten eintrat. Die Toten wurde nach dem Leichenschauhaus transportiert.

Ausgabe des neuen Fernsprechbuchs für Berlin und Umgegend. In den nächsten Tagen wird mit der Ausgabe des neuen Fernsprechbuchs für Berlin und Umgegend und eines dazu gehörenden Ergänzungsbuches begonnen werden. Das alte Fernsprechbuch der letzten Ausgabe ist beim Empfang des neuen Buches abzugeben oder statt dessen eine Gebühr von 3 Mark sogleich zu entrichten.

Führungen durch Blumengärtereien. Die nächste Führung, die Gärtnerdirektor Keller im Auftrag der Humboldt-Hochschule vornimmt, findet durch die bekannte Kalkengärtereien G. Rimpel, Rabisdorf, Süd, am diesem Sonntag statt. Treffpunkt 10 Uhr vorm. Stadtbahnhof Köpenick. Karten durch die Humboldt-Hochschule und bei den einzelnen Führungen erhältlich.

Freiwillige Gemeinde. Sonntag vorm. 11 Uhr, Vorpöllner 16. Vortrag des Herrn H. Rombert: „Schauen und Schaffen“. Harmonium: Kubitt aus „Die verkaufte Braut“ (Zmetana). Gäste willkommen.

Nach zwölf Jahren.

Der Mord des Zwanzigjährigen.

Die internationalen polizeilichen Beziehungen scheinen noch immer nicht eng genug geknüpft zu sein. Von welcher großer Bedeutung aber eine internationale Zusammenarbeit ist, dafür liefert die Budapest-Fall-Untersuchung den schlagendsten Beweis. Das Tätigkeitsfeld dieser kriminell-polizeilichen Verbände hatte sich fast über ganz Mitteleuropa ausgedehnt. Und der Zufall fügte es, daß die Nachforschungen der französischen Polizei in dieser Angelegenheit in Wien indirekt zur Ermittlung eines Mörders führten, der vor zwölf Jahren im Hotel „Römischer Kaiser“ in Wien die Prostituierte Luise Schmidt ermordet hat.

Schon am 1. Oktober dieses Jahres hatte die Wiener Polizei gegen den jetzt 32 Jahre alten und damals kaum 20jährigen Studenten der Technischen Hochschule Felix Rundgraber — Delpin einen Steckbrief erlassen. Man vermutete, daß er sich in Marseille oder Nizza aufhalte. Als dann im Januar dieses Jahres in Verbindung mit der Fall-Untersuchung ein Beamter der Pariser Sicherheitspolizei in Wien anwesend war, bat ihn die Polizei, sich in Paris für die Sache Schmidt-Rundgraber zu interessieren. Und wirklich bald darauf kam die Nachricht, daß Felix Rundgraber, der den Namen Gerbaud angenommen hatte, verhaftet sei. Der Kriminalfall entbehrte nicht einiger Besonderheiten. Auch abgesehen davon, daß er zwölf Jahre zurückliegt. — Am 29. Januar 1913 fand das Mädchen des Hotels „Römischer Kaiser“ um 1/4 Uhr morgens in einem der Hotelzimmer angeklagt, die Prostituierte Luise Schmidt tot auf dem Bett liegend. Ihr Begleiter, der erst um 1/3 Uhr mit der Schmidt zusammen das Zimmer gemietet hatte, war kurz vor 1/4 Uhr aus dem Hotel gegangen. Sein seltsames Benehmen hatte beim Stubenmädchen Verdacht erregt. Die Luise Schmidt war ermordet worden. Ein Teil ihrer Schmuckstücke fehlte, aber auch vom Mörder fehlte jede Spur. Aber zu gleicher Zeit mit dem Mord verschwand in einer angesehenen Wiener Bürgerfamilie der Sohn. Es hieß, er wäre tot. Es wurde nie mehr von ihm gesprochen. Nur im Herbst 1921 erhielt die Familie den Besuch eines „Reffen“, des Felix Gerbaud. Nicht nur sein Name stimmte mit dem des „toten“ Sohnes überein, auch der Geburtstag war bei beiden der gleiche. Damals ließ das nicht auf.

Dann erfuhr aber die Polizei eigenhändige Dinge. Es stellte sich heraus, daß der junge Student kurz nach dem Mord noch einmal in Wien aufgetaucht sei. Weiter hieß es, habe er zwei seiner Jugendfreunde, auf deren Verschwiegenheit er sich unbedingt verlassen konnte, gebittet, daß er die Luise Schmidt ermordet habe. Eben erst im Hotel angelangt, wollte er mit ihr in Streit geraten sein. Erregt über ihre Beschimpfungen hätte er sie ermordet. Der Gedanke, die Sachen zu rauben, wäre ihm erst später gekommen. Die Polizei stellte Nachforschungen an. Es schien sich zu bestätigen, daß Felix Rundgraber der Täter war. Nun ist er verhaftet. Ob er in Frankreich seiner Tat getändelt ist, weiß die Wiener Polizei noch nicht. Es muß erst ein Auslieferungsantrag gestellt werden, damit die österreichische Justiz sich mit der Sache näher befassen kann. Es wird wohl ein trauriges Wiedersehen sein zwischen der Familie Rundgraber und dem Felix Rundgraber-Gerbaud. Vielleicht ist es aber doch besser für den Sohn, daß er nun endlich wegen seiner Tat vor den Richtern erscheinen kann. Oesterreich hat ja nach Schamoren und sie werden vielleicht mehr Verständnis für den Menschen finden, der in zwölf Jahren nun verheiratet und im Beruf stehend nicht mehr derselbe ist, der er als junger Student gewesen war. Man denkt unwillkürlich an den Fall Limhöfer, der vor kurzem in Mähren zum Tode verurteilt wurde wegen einer Tat, die 22 Jahre zurücklag.

Eine grausige Tat. In Paer bei Osnabrück tötete ein Totschütter mit seinem Jagdgewehr seine Stiefmutter durch einen Schrotschuß in die Schläfe, worauf er die Waffe auf seinen Stiefbruder Heinrich Hülsmann richtete und ihn durch zwei Schüsse schwer verletzte. In seinem Aufstrome wird geweißt. Dann brachte sich der Mörder mit einem Karabiner einen Schuß in die Brust bei. Die Tat ist auf Erbfeindschaft zurückzuführen.

Die Katastrophe in der Munitionsfabrik bei Warschau. Die Explosions- und Brandkatastrophe in dem Stadtlaboratorium der Pulverfabrik Granat in der Warschauer Vorstadt Wola hat einen Umfang angenommen, der die anfänglichen Meldungen noch übertrifft. Ueber 30 Arbeiterinnen sollen schwer verwundet sein; im ganzen sind 44 Personen verwundet worden. Das Fabrikgebäude ist vollständig zerstört; auch die Umgebung ist in Mitleidenschaft gezogen.

Wetterbericht der Österreichischen Wetterdienststelle für Deutsches Reich. (Nachdr. verb.)
Wärmehaltige Witterung des Freitags, größtenteils demitt. (später Reizung zu Niederschlägen). — Für Deutschland. Am Westen Tauwetter, im Osten noch kalt, zunehmende Niederschlagsausfälle.

Amerikanverkalzung! Mit bestem Erfolg nehmen Sie
Apotheker Schuh's Cordol
Wirkung herzerstärkend, appetitanregend und blutreinigend
Zu einer Kur sind 6-8 Päckchen erforderlich.
Fordern Sie Apotheker Schuh's Präparate in den Apotheeken, wo nicht zu haben, weisen Generaldepot C. Schmittner, Wilmersdorf, Babelsberger Str. 2, Tel. Plötzberg 4674, 2096, Bezugsquelle nach Herstein: Apoth. Schuh, Köln, Moselerstr. 2
Man verlasse den Raubber ihr Krone

Wagener Sammeln Sie
dann erhalten Sie
eine prachtvolle
Bonbonniere

Julia.

E. Th. A. Hoffmann zum Gedächtnis.

Von Hermann E. Schaefer.

Hoffmann lachte. Auf der Treppe klangen Schritte. „Mitscha“, dachte er. Seine Hand fuhr schnell über den Tisch, klappte das Buch zu und schob es unter einen Stuhl. „Eiferlich, versucht“, murmelte er. Unwillen überstolp sein gelbes, zerkrümeltes, ledernes Gesicht, in dem die Augen dunkel und groß, sehnsuchtsuchend, standen.

„Warum muß ich verstehen, was mich bewegt, mein Herz durchzittert und meine Tage ausfüllt? Warum die Schmerzen, die mich zerfressen und Sehnsucht, die mich nach Himmeln und Glück verzehrt, in diese Blätter sperren...? Weil mein Weib argwöhnisch und eifersüchtig ist? O, polnische Mitscha, du ahnst nicht, wie du durch dein Mißtrauen mir fremd und fremder wirst. Warum dieser Argwohn? Um Julia vielleicht?“ Grimmig lächelte Hoffmann.

Mitscha trat ins Zimmer. Radonnenfrisur überraschte das Gesicht: Schwarzes, straffes Haar über dunklen und weichen Augen; rote, gesunde Lippen unter leidendem, aber ergebenem Zug um die Nasenflügel. Ihr Blick fiel auf den Hund, der schlafend zusammengerollt zu ihres Mannes Füßen lag.

„Endlich bist du aufgestanden, und das Vieh war die ganze Nacht auch wieder im Zimmer...?“

„Mag sein“, entgegnete Hoffmann. „Wie du nur an dem Tiere so hängst? Nicht einmal schön ist der Hund und vor Alter ganz grau!“

„Nicht vor Alter, sondern durch bittere Lebenserfahrungen ist Pollur weiß geworden. Aber sieh sein Auge...!“

Hoffmann rief den Hund, der sich aufrichtete und ihn ansah. „Mit Augen Augen schaut er in die Welt hinein. Verachtet sein ganzes Geschlecht und läßt sich mit ihm nicht ein. Nur bei gebildeten Menschen hält er sich auf“, sagte Hoffmann ein wenig verbissen.

„Frau Cauer ist also ungebildet“, bemerkte Mitscha, „und dein Pollur aus diesem Grunde seiner Bestierin entlaufen.“ Sie schüttelte den Kopf.

„Hunde sind oft klüger und empfindlicher als Menschen, und ist die Cauer je über das Fehlen der Abendkaffe in der „Rose“ hinausgekommen?“

„Du bist garstig, Ernst“, sagte Mitscha lachend. Eine Reihe weißer Zähne funkelte in dem dunklen Gesicht. Sie schob Hoffmann den Kaffee hin und verließ das Zimmer.

Der einsame Mann schlürfte gierig das dampfende und würzige Getränk. Das Brot warf er in kleinen Bissen dem Hunde zu, der sie, auf den Hinterfüßen stehend, aufschnappte. Dann trat Hoffmann zum Fenster und sah zur „Rose“ hinüber. Duster und grau lag der Gasthof. Sperlinge, grau wie der Tag, häßten und tummelten sich auf noch grünerem Dach und Gendauer.

In Trümmern liegt morgens die Welt. Wie Geleite grinsen und höhnen uns die Dinge aus der unerbittlichen Kälte ihres Daseins ins Gesicht und tanzen in grotesken Verzerrungen vor unserer Augen, das Schönheit sucht. Mühsal und Leben sind Frohen einer jämmerlich zerfundenen Welt. Richtigkeit in ewiger Trostlosigkeit. Mit Weibern, die verblasen schmutzige Nachtmühen über fettiges und versträubtes Haar ziehen, hat die Welt eine verurteilte Gleichheit. Nur Abend und Nacht im dämmernden Dunkel voll tiefer Geheimnisse können sie erträglich gestalten und Haß und Verdrüß schmelzen zur süßmühsigen Melancholie, um die sich zu leben verlohnt. Durch abtönendes Glas bunter Marienbilder allein sind die Härte und Brelheit der Tage, durch den Schall klüßiger, verschwebender Melodien der ausdringliche Haß dieser Welt, im ewigen Sorgen für Augen und Mund, zu ertragen.

Eben rollte die Post vor den Gasthof. In seinem Monolog wurde Hoffmann durch das Getrabe der Pferde unterbrochen. Einige Reisende entließen dem Wagen.

„Frau Konjul Mart?“ hörte Hoffmann einen jungen Mann den aus dem Gasthof tretenden Posthalter fragen.

„Mart! Mart!“ Wie ein Schlag durchzuckte es Hoffmann. Einen Stich fühlte er in der Nähe des Herzens.

„Das also ist der Verlobte Julias.“ Aus dem Fenster beugte sich Hoffmann und sah dem jungen Manne nach, der in modischen Kleidern und mit für seine Jugend auffällig schweren Schritten in der vom Posthalter gezeigten Richtung ging.

Auch einer von diesem Geschlecht. Kaufmannssohn, Materienblender, vollgeproppert mit Kalkülen und Rechnungsbüchern. Festes Gesicht, fettgepolsterter Rücken, Speckhände und Hängebauch, den mit dreifach Johren die Weine nicht mehr zu tragen vermögen. „Klirrend“ schlug Hoffmann das Fenster zu, tanzte wie im Wirbelwind durchs Zimmer und häßte mit einem Sch. dem Sprung eines Flohes vergleichbar, zum Schreibleisch. Fiebernd rissen seine Hände das Tagebuch unter den Notizen hervor, im glänzenden Schein flogen seine Augen über die Seiten, die er mit seinem Herabblut getränkt hatte.

„Julia“, schrie er auf. „Julia“, Name Italiens. Klara aus Sonne und Süd. Ruffit und Tanz. Schaleppear wußte, warum er holdsten Klang aus Beldnerträumtheit, aus Liebe, Leidenschaft und Blut in das süßeste Märchen von Verone bannte.

Julia! Julia! .. und deinen Namen darf ich nicht nennen. Warum... weil ein eifersüchtig Weib argwöhnischen Auges hinter diesen Blättern her ist? Weil ein mißtraulich Gemüt jedes meiner Worte mit Schlingen umstellt und wie ein Fuchs auf der Lauer nach einer Unbedachtsamkeit liegt?

„Richt! Nicht! muß ich dich nennen. Ach, Geheimnissen meiner Seele. Julia, muß dich meines Leibes entkleiden, muß einem Schemen nachjagen mit meiner Phantasie, die in Jügel geschlagen wie ein Hauster...“

Julia, Internation meiner Sehnsucht nach fernen Ländern blauer Wunderblumen. All meine Sehnsucht, mein Lachen und Weinen, mein Schreien und Hoffen, alles, was meine Seele in sich trägt, was sie erbaute und dichtete über die Dede der Welt, all meine Gestalten aus Dunkel geboren, in Dunkel erlöschend: sind wie der leiseste Schlag meines Herzes auf dich, deine Reinheit, das Wunder deines Daseins gerichtet. Selbstverwundung meiner Wünsche bist du, Bild gewordenes Märchen mir aus der Traumländer Wunder. Und doch... du füllst, du beruhigst nicht. Reicht aus tiefe Schlünde eines verschollenen Sonnenlandes, das brennt und mit Flamme alles zerstört. Meine Hand strecke ich nach dir aus, reinstes Jungmädchenkinn. Du näherst dich, leidenschaftlich begehrend, siehst tiefsten Sinn in des Lebens Sein, menschlich wird dein Madonnenlächeln. Fleisch und Blut das Phantom verzückten Schaunes. Zu halten wähne ich dich... da weichst du zurück, weiter und weiter... nur ein Tigerauge bleibt, fernher rotweindend die Nacht durchglühend; nur ein Dult haftet, der bestäubend berauscht...“

„Spring, die du bist! Weshalb wirfst du Brände in meine Seele, die Meere nicht löschen und nur der Tod erstickt?“

Hoffmann hatte sich erhoben, sah, kramfärlig, Erschreckt sah der Hund zu ihm auf.

Auf der Straße stand er. Sein Herz klopfte und schlug, alles Denken überhörend. Der Dämon der Leidenschaft trieb ihn blind und willenlos.

„Jetzt leuchtet die helle Fassade des Mart'schen Besitztums vor ihm auf. Sollte er eintreten? Doch was hätte der verrückte Kapellmeister, der Gelehrtheit entwurzelt, ein Abenteuer dunktler Herkunft und wilder Gerüchte, im Kreis einer gelitzten Familie zu suchen?“

„Doch...! Königlich Preussischer Regierungsrat!“

Hoffmann richtete sich auf. „Regierungsrat? ... ein Dred Dies Delorum.“

Volksentscheid.



„Hoheit! Wir sind verloren! Die Sozialdemokraten stellen Antrag auf entschädigungslose Enteignung!“

„Quatsch! Wir stellen einfach Gegenantrag auf enteignungslose Entschädigung!“

So trieb er dahin in den Märzmittag. Sah müde auf den vom Hochwasser geschwollenen gelben Main. Ermannete sich wieder und sah über der Wiesen erstes hoffendes Grün gestreckten Laufs wie von Verfolgern gehet. Stürmte dann zu den Bergen an, hastig, und sah vor sich das Tal mit dem Strom. Hier oben wurde er ruhiger.

Als aber die Sonne sank, wuchs seine Qual. Zu Tale stob er. Dunkel ward es, gespenstig ragte die Stadt. Durch die erleuchteten Gassen flog er... portierte die Treppe hinan.

„Eine Einladung der Frau Mart für heute abend“, sagte Mitscha. Zum Teufel mit ihr, zum Teufel mit dem Ignoranten Gröppel, zur Hölle mit dem ganzen Pack!“

Mitscha horchte auf. Hoffmann zerstreut: Selbstverständlich gehen wir.“ Mit Haß verschlang er das Abendbrot. Dann stand er mit Mitscha im erleuchteten Saal. Frau Mart begrüßte sie und nahm Mitscha zur Seite. (Schluß folgt.)

Ein Werk des ältesten Baumeisters.

Die englischen Grabungen an der Stufenpyramide von Sakkara, dem ältesten Steinbauwerk der Welt, die von dem Archäologen Flinders Petrie geleitet werden, sind auch in den letzten Monaten fortgesetzt worden, und zwar vollendete man die Freilegung des Tempels, der zur Erinnerung an das dreißigjährige Regierungsjubiläum des Pharao Josef erbaut worden war. Dabei stieß man auf eine prächtige Säulenhalle von etwa 50 Meter Länge, die den Haupteingang zu der Pyramide gebildet haben dürfte. Es sind 48 Säulen aus weißem Sandstein, die paarweise zusammenstehen. Die Säulen waren ursprünglich über 5 Meter hoch und hatten an der Basis einen Durchmesser von einem Meter. Die Säulenschäfte sind nicht kanalisiert, wie man solche Säulen früher hier gefunden hatte, sondern die Kapitelle ahmen Schiffsbündel nach. Das östliche und westliche Ende der Säulenhalle waren nicht abgeschlossen, sondern haben „blinde“ Türen, die in das Mauerwerk angeschlossen sind und hölzerne Türflügel nachahmen. Diese Säulenhalle ist das Werk des ältesten Baumeisters, des ägyptischen Königs Sesotris III., der etwa ums Jahr 2550 v. Chr. lebte. Er wurde später unter der ägyptischen Götter eingereiht und als der Schutzherr der Gelehrten und Schriftsteller verehrt. In einem der Zwischenträume der Säulen fand man zwei aus Diorit gemeißelte Köpfe, die fremde Besangene darstellen. Diese Köpfe sind ganz im Stil der sogenannten Hyksos-Statuen, die man gewöhnlich in die Zeit des Mittleren Reiches setzt. Diese merkwürdigen Skulpturen, die sich in einem zweifelslos der dritten Dynastie angehörenden Bauwerk fanden, müssen also sehr viel späteren Datums sein.

Im Boden eines der Räume im Norden der Säulenhalle fand sich ein Brief, wahrscheinlich aus der Zeit der sechsten Dynastie, da er zusammen mit Fragmenten von Briefen über den Bau der Pyramiden des Pharao Mentuhotep II. gefunden wurde. Der Brief ist ein Papirus und enthält eine Beschwerde an das Bureau des Bezirkes, die von dem Befehlshaber der Truppen zu Turs in der Nähe von Kairo herrührt. Der Offizier beklagt sich darüber, daß seine Leute die für sie abgesetzte Kleidung nach sechzigstündigem Warten noch nicht erhalten haben. In einer Mauer der Säulenhalle las man die Inschrift eines Reisenden aus der Zeit um 1100 v. Chr. Der Tourist erzählt, daß er einen Urlaub dazu benötigt habe, sich die Wunder von Sakkara anzusehen, nachdem er viele Jahre im Felde anstanden und als der einzige Ueberlebende seiner Truppe heimgekehrt sei. Der Ausgrabungsbericht bemerkt dazu, daß man kürzlich an einem Altar in einem kleinen Tempel von Sakkara die Inschrift eines Soldaten der letzten australischen Kavallerie fand, der nach dem Waffenstillstand im Jahre 1919 den Ort besuchte und mittel, er sei der einzige, der von seiner Schwadron noch am Leben sei, mit der zusammen er die Festzüge in Gollipoll, Ägypten und Palästina durchgemacht habe. Wie es vor vierzehnhundert Jahren schon Rängel in der Versorgung der Truppen gab, so sind es also auch gleiche Ergebnisse, die Touristen im Jahre 1100 v. Chr. und im Jahre 1919 n. Chr. aufzeichneten.

Neues vom Leim.

Auch so alte Bekannte wie der Tischlerleim können sich noch mondeln und sind verbesserungsfähig. Der Knochen- oder Lederleim, den die Tischler heute noch überwiegend verwenden, hat die Unbequemlichkeit an sich, daß er mit warmem Wasser aufgeweicht, gequollen, werden muß. Viel schlimmer aber ist, daß er die Wasserempfindlichkeit überhaupt nie verliert. Der Erstarrungsprozess besteht nämlich einfach in Wasserabstufung, chemisch verändert sich an dem Leim gar nichts. Kommt er daher wieder mit Wasser in Berührung, so quillt er von neuem auf, die Beimischung geht auseinander. Dabei ist keineswegs warmes Wasser notwendig.

Mit aus diesem Grunde haben sich in neuerer Zeit die Kalkleime so stark verbreitet. Unter dieser Bezeichnung versteht man Schmelzleime aus tierischen und pflanzlichen Eiweißkörpern. Sie brauchen nur mit Wasser angerührt zu werden und sind dann sofort verwendungsfähig. Das Erstarren dauert bei ihnen freilich viel länger als bei den Knochenleimen, weil es ein chemischer Vorgang ist, der in der Kälte naturgemäß langsam verläuft. Aber dafür ist der fest gewordene Leim dann auch unempfindlich gegen Wasser und Luft, denn der chemisch veränderte Leim kann kein Wasser mehr annehmen. Deshalb werden in der Flugzeugindustrie, im Wagen- und Schiffbau die Kalkleime ausschließlich angewendet. Auch dem Tischlergewerbe sind sie seit langer Zeit bekannt, wenn auch gewissermaßen inoffiziell. Denn der Quarkleim, den mancher alte Tischlermeister nach geheimen, ererbten Rezepten herstellt und auf dessen Klebekraft er schwört, ist doch weiter nichts als ein Kalkleim aus Rasseiweißstoffen. Daß solche Leime sehr hohe Klebekraft haben, ist auch ganz richtig. Versuche in staatlichen Materialprüfungsämtern haben das zweifelsfrei gezeigt. Nur waren sie bisher bei Massenanfertigung nicht brauchbar, weil sie zu lange brauchen, um zu erstarren. Neuerdings ist aber dieser Uebelstand überwunden und es wird jetzt ein Kalkleim unter der Bezeichnung „Schnellbinder“ angeboten.

Sollte dieser Leim die Probe bestehen, so wäre ein außerordentlicher Fortschritt auf dem Gebiete der Holzverleimung erzielt, da Massenanfertigung heute das Gebot der Stunde ist. Ein anderer Uebelstand der Kalkleime, der ihre allgemeine Verwendung noch einschränkt, ist der Umstand, daß sie alkalisch beschaffen sein müssen. Das gibt in besonderen Fällen, z. B. bei dünnen Eisenformieren, Anlaß zu Rostbildung an den Rändern. Unter den zur Kalkleimherstellung geeigneten Rohstoffen ist Wollwolle einer der besten, da es sehr billig ist und eine ganz außerordentliche Klebekraft hat. Es gibt aber mit Wasser zusammen dem Leim eine dunkle Färbung, so daß man es nur dort verwenden kann, wo die Beimischung unsichtbar ist. Gelingt es, die beiden eben gekennzeichneten Mängel des Kalkleimes zu beseitigen, so würde dem früheren Tischlerleim ein Wettbewerber entstehen, der bei weiterer Vervollkommnung der Herstellung auf dem Gebiete der Holzverleimung eine Umwälzung hervorrufen könnte.

Dr. H.

Die See-Elefanten gerettet. Die großen Säuger der Eismeere hatten bekanntlich seit ihrer Entdeckung ungeheuer unter den Verfolgungen durch den Menschen zu leiden. Infolge massenhaften Hinterschlagens nahm die Zahl der Wale, Robben, See-Elefanten usw. sehr schnell ab; ja, die See-Elefanten schon wenige Jahrzehnte nach ihrer Entdeckung am Ende des vierzehnten Jahrhunderts völlig ausgerottet worden. Ein ähnliches Schicksal schien den See-Elefanten der Arktis zu drohen. Vor allem war eine ehemals große Herde durch die fortgesetzte Beunruhigung aus ihrer Heimat, den Santa-Barbara-Inseln, vertrieben worden und galt seitdem als verschollen. Man mußte annehmen, daß diese sogenannte nördliche Herde völlig ausgerottet war. 1911 entdeckte man aber auf der zu Mexiko gehörenden Insel Guadalupe einen täglichen Rest von 125 Tieren, die von der mexikanischen Regierung unter Schutz gestellt wurden. Diese Maßregel, die gewissermaßen nach im letzten Augenblick ergriffen wurde, hatte einen höchst erquicklichen Erfolg: die Tiere vermehren sich so sehr, daß jetzt etwa 1500 Individuen vorhanden sind! Vielleicht werden sie durch diese Vermehrung auch veranlaßt, wieder nach den Santa-Barbara-Inseln zurückzuziehen.

Vorschläge für die Rationalisierungskommission

Was die amtliche Wirtschaftsenquete zu klären hat.

Die Reichsregierung hat bekanntgegeben, daß die Einberufung eines dreigliedrigen „Untersuchungsausschusses“ bevorsteht, der aus Vertretern des Reichstages, des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates, von der Regierung ernannt und von dem Ausschuh zu wählenden Personen zusammengefaßt sein soll. Die Aufgabe dieses Gremiums von Sachverständigen soll es sein, die brennenden Fragen unserer Wirtschaft zu untersuchen und zu beantworten.

Die Ankündigung dieser wissenschaftlich objektiven Rationalisierungskommission trifft in die recht lebhaft gewordene Verteidigung der deutschen Unternehmer gegen den Vorwurf, daß sie an den derzeitigen Zuständen schuldig seien, mitten hinein. Man kann überdies, wenn man will, schon von einer Abwehr-Offensive der Unternehmer sprechen. Das Trommelfeuern begann mit der Denkschrift des „Reichsverbandes der deutschen Industrie“. Zurzeit versuchen einzelne Industrieführer führende Vorläufer. So hat eben der Kautschukindustrielle Koster einen Artikel über den „Wirtschaftsminister“ und ähnliches geschrieben, jetzt kommt Klönne und reitet in der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ eine Attacke gegen das „Lohnkartell“, das nicht mehr geduldet werden dürfe, also gegen die Tarifverträge. Im übrigen sind alle Unternehmerblätter und Zeitschriften voll von Debatten über Rationalisierung, Normierung, Stilllegung und Zusammenlegung. Dazu wird dann zumeist auf die Notwendigkeit der Herunterdrückung der Lohnquote im Preise der Produkte hingewiesen. Praktisch geht das heute schon so weit, daß die Schlichter aus „volkswirtschaftlichen Gründen“ die Löhne herabsetzen und daß Arbeiter, die aus tarifmäßig zahlenden Betrieben hinausgeworfen werden und unter Tarif nicht mehr hineingehen wollen, die Erwerbslosenfürsorge derweilert wird. Es ist deswegen hohe Zeit, daß die Rationalisierungskommission ihr Wert bekennt. Wir sind uns schon heute darüber klar, daß sie rasch und direkt auf die Zahl der Arbeitslosen kaum eine Einwirkung haben wird. Aber wenn sie wirklich objektiv zusammengesetzt wird und ebenso objektiv und schnell arbeitet, so erscheint schon heute eines sicher, nämlich, daß sie einige Erfolge über unsere Wirtschaft totschlagen und Klarheit für die Zukunft schaffen wird.

Die drei wichtigsten Fragen, mit denen sich nach unserer Auffassung die Rationalisierungskommission beschäftigen muß, sind zweifelsohne Voraussetzungen und Bedingungen der Arbeitsleistung, Verhältnis und Beeinflussungsmöglichkeit des einzelnen, Unkostenanteile des Warenpreises und Umfang und Möglichkeiten des Absatzes der deutschen Produktion im Inland und durch Export.

Die Arbeitsleistung.

Die Arbeitsleistung spielt in der öffentlichen Diskussion bei der Frage der Lohnbildung und der Preisgestaltung eine entscheidende Rolle. Heute wird zumeist die Arbeitsleistung nur in Beziehung zum Preise des Produktes erörtert, also nur in ihrer Auswirkung; sie wird weniger auf die Möglichkeit ihrer Beeinflussung durch Arbeitslohn und Arbeitszeit, also in ihrer Entstehung untersucht. Aber für beide Fälle gilt, daß wirklich effektives Material nur in sehr geringem Umfange vorhanden ist. Meist handelt es sich bei den bisher bemühten Argumenten um ganz grobe Berechnungen, bei denen, ohne Ausschöpfung der vielen Fehlerquellen, ganz einfach die Zahl der Beschäftigten mit dem Quantum der geleisteten Produktion in Beziehung gesetzt und dann mit der Vorkriegszeit verglichen wird. Es wird Aufgabe der Rationalisierungskommission sein, einmal wissenschaftlich einwandfrei nicht nur die Auswirkungen der Arbeitsleistung festzustellen, sondern auch zu untersuchen, durch welche äußeren und inneren Voraussetzungen die Arbeitsleistung bestimmt wird. In der Auswirkung wird die Arbeitsleistung überdies auch durch Konjunktur, Marktwirtschaft, Preisbildung und anderes und nicht etwa nur durch den Grad der eigentlichen Arbeitswilligkeit der Beschäftigten bestimmt. Die innerliche Beeinflussung und Gestaltung der Arbeitsleistung ergibt sich aus Leistungsmöglichkeit und Leistungsaufwand.

Hierzu sei festgestellt, daß der „Verein für Sozialpolitik“ in einem Untersuchungsausschuss für die Methodologie von Untersuchungen über die Arbeitsleistung wichtige Vorarbeiten geleistet hat. Er hat eine Zusammenfassung über die möglichen Bestimmungsgründe der industriellen Arbeitsleistung durchgeführt. Sie enthält die Grundlagen für ein Studium der natürlichen Produktionsbedingungen und Betriebsverhältnissen und der subjektiven Erleistungsgleichungen. Dazu kommen noch Grundzüge speziell für Lohnvergleichen. Das Material dieses Untersuchungsausschusses ist nach dem Abschluß dieser Vorarbeiten der Regierung zur Verfügung gestellt worden.

Weiter sei daran erinnert, daß Professor Lipmann, der Leiter des Institutes für angewandte Psychologie in Berlin, schon im November 1924 im Auftrage des Internationalen Arbeitsamtes einen Entwurf anfertigte, der die Grundlagen zur Beschaffung einwandfreier Materialien zur Frage der Arbeitsleistung formuliert hat. Arbeiter die Rationalisierungskommission nach Grundrissen, die in der Richtung ihrer methodologischen Arbeiten des Vereins für Sozialpolitik und des Institutes für angewandte Psychologie liegen, dann würden sehr viele agitatorische Argumente, die mitunter auch demagogisch sind, aus dem Streite um das Problem der Arbeitsleistung verschwinden. Wir kämen endlich zu objektiven Feststellungen, die unstrittig wären und deswegen allgemein anerkannt werden müßten.

Es ist für die Arbeitnehmer unerträglich, immer wieder hören zu müssen, daß die Arbeitsleistung geringer sei als vor dem Krieg, obwohl man neuerdings zugibt, daß wir die Produktionsleistung von 1913 wieder erreicht haben.

Bisher ist außerdem völlig ohne Untersuchung geblieben, inwieweit und in welchem Tempo sich Lohnveränderungen auf die Preise auswirken. Auch das gehört in seinem Zusammenhang zur Untersuchung der Arbeitsleistung.

Produktionskostenteile.

Der Lohn steht heute, je mehr er sinkt, um so weiter im Vordergrund der öffentlichen Wirtschaftsdiskussion. Es ist dadurch die Meinung erzeugt worden, als ob es im Preise der Produkte überhaupt keinen anderen Unkostenanteil als Lohn und Gehalt gäbe. Deswegen ist eine Untersuchung des Verhältnisses der einzelnen Unkostenanteile im Preise des Produktes dringend notwendig.

Die „Bergarbeiter-Zeitung“ veröffentlicht jetzt eben Selbstkostenberechnungen einer Reihe Chloralkaliumfabriken aus dem Monat April 1925. Sie ergaben 4,88 bis 12,93 Proz. des Verkaufspreises. Wir wissen, daß in der Landwirtschaft der Lohnanteil am Preise des Produktes etwa 33 Proz. beträgt, daß er in der Kunstporzellanindustrie (Meißner) bis auf 95 Proz. steigt, wir haben auch Lohnkostenberechnungen im Bergbau und veremzet aus anderen Industrien. Alle diese Ziffern zeigen, daß es neben dem Lohnanteil im Preise des Produktes noch andere Unkosten-

anteile gibt. Diese anderen Unkostenanteile müssen gründlich untersucht werden.

Häufig wird bei solchen Untersuchungen eingewandt, daß zuletzt der gesamte Preis sich aus Löhnen zusammensetze. Das mag in der theoretischen Konstruktion richtig erscheinen, in der Praxis gibt es weder für die technische Apparatur noch für die Organisationsleistung eines Betriebes.

Sind die einzelnen Unkostenanteile in ihrem Verhältnis zueinander festgestellt, dann ist die Rationalisierungskommission erst bei ihrer eigentlichen Aufgabe angelangt. Sie kann dann geworden, welche Unkostenanteile fruchtbar groß geworden sind und deswegen einer Operation sich unterziehen müssen. Hier wird im besonderen eine gründliche Untersuchung sowohl über die tatsächliche Ausdehnung wie über das ökonomisch richtige räumliche Ausmaß unserer Produktionsstätten stattfinden müssen.

Die Veränderung im Verhältnis der einzelnen Unkostenanteile berührt naturgemäß auch die Zusammensetzung des Preises aus Produktions- und Verteilungskosten. Hier ist zu untersuchen, welchen Anteil Transport, Vermittlung und Verteilung am Preise des Produktes beanspruchen. Auch hier wird die Rationalisierungskommission erst zur vollen Auswirkung kommen, wenn sie nicht nur feststellt, sondern auch Auswege zeigt.

Nicht vergessen darf werden, daß heute jedes Produkt auf dem Wege seiner Herstellung und seines Absatzes, also von der Gewinnung des Rohmaterials bis zum Verkauf des fertigen Fabrikates im Einzelhandel, verschiedentlich mit Unkostenanteilen belastet ist, deren Höhe kartellmäßig gebunden wurde.

Zu den Unkostenanteilen im Preise des Produktes, die besonders genau untersucht werden müssen, gehören weiter die sogenannten Verteilungskosten der Betriebe. Wir haben zweifelsohne eine starke Ueberhebung der industriellen Führerschaft, was das Quantum der damit beschäftigten Personen anbelangt.

Eine sehr wichtige Sonderuntersuchung würde sein, wie schon am Schluß des ersten Abschnittes angedeutet, inwieweit Lohnveränderungen auf die Preisbildung, also auf die übrigen Unkostenanteile der Produktion, sich auswirken. Hier wäre genau zu studieren, ob und inwieweit Einnahmeverminderung beim Lohnträger sich in seinem gesamten Ausgabebudget gleichmäßig merkt, oder ob Lohnminderung einzelne Teile des Ausgabebudgets besonders stark trifft. Diese Untersuchung hängt eng zusammen mit der Feststellung der zeitlichen Auswirkung von Lohnminderung auf die Preisbildung.

Der Inlandsmarkt als Produktionsgrundlage.

Während der Inflationszeit schrumpfte der Inlandsmarkt in seiner Bedeutung für die nach privatwirtschaftlichen Grundrissen arbeitende Produktion fast ganz zusammen. Zuletzt blieb im wesentlichen überhaupt nur noch — wenigstens in der öffentlichen Meinung — der Export als Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Ueber die Ursachen jener Entwicklung ist genügend geredet und geschrieben worden, viel wichtiger, aber leider weniger beachtet ist, daß die Auswirkungen jener Zeit sich heute in einer Unterschätzung des inländischen Absatzes, des Inlandsmarktes und damit der inneren Konsumkraft des Landes bemerkbar machen.

Die Rationalisierungskommission hätte darauf hinzuwirken, daß wir wenigstens insoweit eine Produktionsstatistik erhalten, als notwendig ist, um die Produktionsgröße der deutschen Wirtschaft im Umriß zu erkennen. Dann kann untersucht werden, welcher Teil der Produktion im allgemeinen und für die einzelnen wichtigsten Industrien im besonderen auf den Inlandsmarkt entfällt. Bei einer Gegenüberstellung dieser Anteile mit der Konsumkraft des Volkes, die ganz wesentlich durch die allgemeine Lohnhöhe bestimmt wird, ist eine einwandfreie Untersuchung der Auffassung möglich, daß die Produktion auch vom Inlandsmarkt her besetzt werden könne.

Im innigen Zusammenhang mit jener Untersuchung steht eine Nachprüfung der Ergebnisse des staatlichen Eingreifens zur Produktionshebung, das auf dem Wege über die Kreditgewährung aus öffentlichen Mitteln und über die Reichsbank vor sich gegangen ist. Heute werden die Kredite nicht nach dem Gesichtspunkt gewährt, daß zuerst dorthin Geld zu fließen hat, wo es die umfangreichsten Arbeitsgelegenheiten schafft, es gibt ganz wesentliche Unterschiede im Wichtigkeitsgrad der Kredite unter dem Gesichtspunkt der mit ihnen ausgelösten Produktions- und Konsumtionskraft!

Unnormal große Teile der heute laufenden Kredite wirken sich in der Produktion kaum aus, sie kommen in ihrer Auswirkung über den geldwirtschaftlichen Kreislauf nur wenig hinaus. Viele Kredite — auch der Reichsbank — werden praktisch heute nur zur Abföhlung anderer Kredite genutzt. Darin liegt sicher insofern eine Erleichterung, als aus kurzfristigen Schulden neue Verpflichtungen entstehen, die langfristiger sind. Aber die entscheidende Bedeutung der Kredite liegt auf einem ganz anderen Gebiete. Wir brauchen Kredite, die der Konsumkraft neuen Impuls geben.

So kann die Rationalisierungskommission außerordentlich viel Nützliches leisten, wenn sie tief eingewurzelte agitatorische Behauptungen und Streifenformeln auf ihren tatsächlichen Gehalt zurückführt. Das wäre eine Vereinigung vieler Gebiete der Diskussion über volkswirtschaftliche und darüber hinaus auch sozialer Fragen. Hat die Kommission auf diesem Gebiete Erfolg, dann muß sich die Auswirkung in einem größeren Verständnis für die Notwendigkeiten der Wirtschaft bei den regierenden Stellen und bei sonst öffentlich auf die Wirtschaft Einfluß nehmenden Personen zeigen.

Damit wird sicher kein Klassenkampf beseitigt, aber ebensowenig wird irgendwelchem sachlichen Interesse ein Unrecht getan. Sowohl die Gewerkschaften wie die Arbeitgeberverbände bekämen im Wirtschaftskreis festen Erkenntnisgrund. Und das ist doch die Aufgabe einer „Rationalisierungskommission“.

Rurt Heinig.

Sparkassen den Privatbanken voran!

Verringerung der Zinspanne in Rheinland-Westfalen.

Die rheinisch-westfälischen Sparkassen haben auf Vorschlag ihrer Verbandsleitung einen Schritt getan, der angesichts des erbitterten Kampfes der Privatbanken gegen die Sparkassen höchste Beachtung verdient. Sie haben zwar auch, wie die Privatbanken, die Zinsätze für auslaufendes Konto ausgetiebene Gelder um 1 Proz. ermäßigt. Gleichzeitig haben sie aber nicht, wie die Privatbanken, die Zinsvergütung für Einlagen ebenfalls um 1 Proz. herabgesetzt, sondern für den Scheck- und Kontokorrentverkehr nur um 1/2 Proz. und für Einlagen mit besonderer Kündigungssfrist überhaupt nicht. Außerdem wurde der Hypothekenzinssatz, der bisher 10 bis 12 Proz. betrug, allgemein auf 10 Proz. festgesetzt. Daraus ergibt sich, daß die rheinisch-westfälischen Sparkassen im Gegensatz zu

den Privatbanken für den größten Teil ihrer Geschäfte auf ein volles Prozent ihrer bisherigen Zinsentnahmen verzichtet und die Zinspanne zugunsten ihrer Kundschaft entsprechend verringert haben. Die Sparkassen, die wegen ihrer angeblichen Ungeeignetheit für Bankgeschäfte von den Privatbanken aufs bitterste bescholten werden, gehen also in der Sentung der Zinskosten, die allein der Wirtschaft etwas nützen kann, den Privatbanken voran. Schon seit vielen Monaten haben wir immer wieder gesagt, daß nur die öffentlichen Bankinstitute fähig sind, durch Verringerung der Zinspanne das Zinsmonopol der Privatbanken zu sprengen und auch von den Sparkassen gefordert, daß sie auf diese Weise den Privatbanken noch schärfer Konkurrenz machen. Daß das heute bei den Sparkassen endlich geschieht, ist zu begrüßen. Es ist aber zu bedauern, daß es so spät geschehen ist; denn es lag privatwirtschaftlich betrachtet, absolut kein Grund vor, damit bis zur Abschlebung des Reichsbankdiskontos zu warten. Zu wünschen wäre, daß die übrigen Sparkassen Deutschlands sich dem Schritt Rheinland-Westfalens anschließen und auf dem neubeschrittenen Weg energisch fortfahren. Gespannt darf man darauf sein, ob die Privatbanken nun ihren Verfolgungszug abblasen und dem verdienstlichen Schritt der Sparkassen anerkennen werden. Man darf wohl mit Sicherheit das Gegenteil erwarten.

Umtlicher Großhandelsindex.

Die auf den Stichtag des 20. Januar berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ist gegenüber dem Stande vom 13. Januar (120,6) um 0,4 Proz. auf 121,1 zurückgegangen. Gefunten sind die Preise für Roggen, Weizen, Gerste, Zucker, Fleisch, Rindschäute, Kalbfleisch, Baumwollgarn, Schwingelack und die meisten Nichtfermetalle. Höher lagen die Preise für Butter, Schmalz, Heringe und Baumwolle. Von den Hauptgruppen haben die Agrarzergebnisse von 115,2 auf 114,7 oder um 0,4 Proz., die Industriestoffe von 130,7 auf 130,3 oder um 0,3 Proz. nachgegeben.

Das Ende des Hermann-Konzerns. Was an der Generalversammlung der zum Hermann-Konzern gehörenden Thüringer-Ühren- u. G. interessierte, sind weniger die Anschuldigungen gegen den sichtlich gewordenen Geheimrat Hermann, als die Tatsache, daß hier wieder einmal der Weisheit erbracht wurde, wie die Inflationsforderne meist nicht nach produktions-technischen, sondern nach spekulativen Gesichtspunkten zusammengeschlagen wurden. Wie sehr das Produktionstechnische vernachlässigt wurde, das ging in trasser Weise daraus hervor, daß eine Uhr zu ihrer Herstellung drei Produktionsstätten, die sehr weit von einander entfernt lagen, in Süddeutschland, in Mitteldeutschland und in Berlin, durchlaufen mußte. Das erforderte unproduktive Kosten an Frachten, Löhnen und Gehältern. Und mit einem derartigen Konzern, dessen Leiter nicht einmal die einfachsten kaufmännischen Regeln der Produktion beherrschte, hat sich die Leitung der Reichsbank in Kreditgeschäfte eingelassen. Weiter beachtlich ist, daß die Verwaltung die Soziallasten und Steuerabzüge, die sie den Lohn- und Gehaltsempfängern abnahm, nicht sofort, wie es ihre Pflicht gewesen wäre, an die Kassen abführte, in die sie gehörte, sondern im Betriebe arbeiten ließ. Die Anstalten und der Steuerlisten haben erst jetzt von der neuen Verwaltung, die die Abwicklung leitete, ihre Gelder erhalten. Wenn derartige Geschäftsgepflogenheiten jetzt nachgerade den Reiz des Neuen verloren haben, so verdienen sie doch immer wieder öffentlich festgenagelt zu werden. Die Generalversammlung beschloß die Liquidation des Unternehmens und ferner, sich der gegen Hermann schwebenden Strafangelegenheit anzuschließen.

Verluste der Fließnerischen Rotorschiffgesellschaft. Das Fließner-Rotorschiff „Buda“, das seinerzeit so großes Aufsehen erregte, ist Eigentum der hanseatischen Rotorschiffahrt A.-G. Hamburg. Unter Ausschluß der Presse fand eine außerordentliche Generalversammlung dieser Gesellschaft statt, in der die Verwaltung Mitteilung vom Verlust der Hälfte des Aktienkapitals machte und die über eine eventuelle Auflösung der Gesellschaft beschließen sollte. Wie die Verwaltung nachträglich mitteilte, wurde die Beschlußfassung über die Liquidation vertagt. Die mit so großen Erwartungen 1924 begründete Gesellschaft hat ein Aktienkapital von 450 000 M., dessen Majorität sich im Besitz der Gräfinlich Thiele-Winklerischen Verwaltung befindet. Die Verluste sollen durch die Unmöglichkeit entstanden sein, für die „Buda“ und das andere im Besitz der Gesellschaft befindliche Rotorschiff Frachtaufträge zu bekommen. Die wirtschaftliche Verwertungsmöglichkeit der Fließnerischen Erfindung ist durch diesen Mißerfolg vorerst verneint.

Abzahlungsbank für Klaviere. Die Selbsthilfe der Industrie, durch Errichtung von Banken zur Finanzierung des Abzahlungsgeschäfts den Inlandsabfah zu steigern, macht weitere Fortschritte. Nach der Autoindustrie ist auch die Klavierindustrie zu dieser Methode der Abfaherweiterung übergegangen. Eine Anzahl der bekanntesten Pianofortefabriken, darunter Bestlein, Mühlner und Bach, haben zu diesem Zweck die Kreditgemeinshaft deutscher Pianofortefabriken G. m. b. H. Berlin gegründet, die von einer Schweizer Gesellschaft einen namhaften Kredit erhalten hat. Die Schaffung zentraler Abfahfinanzierungsbanken für Konsumindustrien ist außerordentlich charakteristisch für die Tatsache, daß den Konsumenten für größere Objekte absolut die Kaufsfähigkeit fehlt und die Art, wie die Industrie ihren Betriebskapitalmangel durch gemeinschaftliche Organisation der Kapitalwerbung im Ausland zu überbrücken sucht.

Eine Standardausstellung für Kunstseide. Die ersten Firmen der deutschen Kunstseidenindustrie sind angesichts der vielfachen wenig qualitativen Massenproduktion in der Kunstseideherzeugung übereingekommen, auf der diesjährigen Leipziger Frühjahrsmesse eine Kunstseiden-Ausstellung im Grassi-Museum zu veranstalten. Diese Ausstellung, die auf das genaueste den Produktionsgang durch die verschiedenen Bearbeiter verdeutlichen wird, ist deshalb um so bemerkenswerter, weil sie von den größten deutschen Kunstseidenfirmen mit der deutschen Absicht unternommen wird, der Inländerbewertung der Kunstseide entgegenzuarbeiten, die durch die Streckung bei einer nicht gewissenhaften Weiterverarbeitung stets neue Nahrung erhält.

Die Abnahme der englischen Ausfuhr. Die Wareneinfuhr nach England betrug im abgelaufenen Jahre 1322,6 Mill. Pfund Sterling. Das ist gegenüber dem Jahre 1924 ein Mehrbetrag von 45,4 Mill. Pfund Sterling. Die Ausfuhr während derselben Periode erreichte nur 773,1 Mill. Pfund, was einer Verminderung von 27,9 Mill. Pfund gegenüber dem Ausfuhrjahre von 1924 darstellt. Die Abnahme der Ausfuhr ist dem Umfange zuzuschreiben, daß Großbritannien im Jahre 1925 für 21 Millionen Pfund Sterling Rohle weniger als im vergangenen Jahre ausgeführt hat.

Frankreichs Ausfuhrüberschuß. Infolge der Frankflation hat Frankreich auch im letzten Jahre einen Ueberschuß seiner Wareneinfuhr über die Einfuhr erzielt. Nach der amtlichen Statistik schließt die französische Außenhandelsbilanz mit einem Ausfuhrüberschuß von 1,5 Milliarden Franc ab. Der Wert der Einfuhr hat mit 43,9 Milliarden Franc gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung von 4,05, der der Ausfuhr mit 45,4 eine solche von 3,9 Milliarden Franc erfahren. Dem Gewicht nach ist die Einfuhr mit 47,4 Millionen Tonnen um 0,2 Millionen gegenüber dem Vorjahr gesunken, wogegen die Ausfuhr mit 30,2 Milliarden Tonnen eine Steigerung von 0,5 Millionen aufweist.

Der Reichshaushalt für 1925.

Annahme zahlreicher Entschliefungen.

Die gestrige Reichstags-Sitzung wurde um 3,25 Uhr vom Präsidenten Löbe eröffnet. Vor Beginn der fortgesetzten

Dritten Beratung des Reichshaushalts

teilte der Präsident mit, daß heute über insgesamt 350 Anträge und Entschliefungen abgestimmt sei. Die Haushalte für die Allgemeine Finanzverwaltung und für die Kriegskassen werden ohne Aussprache angenommen. Zum Etatgesetz bemerkt

Abg. Stücken (Soz.):

Wenn der Etat mit einer Ausgabe von 7 Milliarden Mark hinausgeht, so dürfte wieder der Vorwurf erhoben werden, die Republik arbeite zu teuer. Es kann aber nachgemessen werden, daß diese Behauptung durchaus falsch ist. Die Republik ist im Gegenteil in sehr ausgedehnter Maße auf Sparsamkeit bedacht. Von den Ueberweisungen an die Länder kann abgesehen werden, denn das sind eigentlich nur Durchgangsposten. Man muß aber beachten, daß die Mark von heute nicht mehr die Mark von früher ist. Im Jahre 1913 haben die Ausgaben des Reichs 3520 Millionen Mark betragen. Heute hat das Reich für sich ohne die Länder eine Ausgabe von 5700 Millionen Mark. Also 2200 Millionen mehr als vor dem Kriege. Ein Blick auf den Pensionsetat erklärt diese Mehrerausgabe.

Für Pensionen haben wir 1913 146 Millionen ausgegeben, heute geben wir dafür 1400 Millionen aus.

Der verlorene Krieg hat dem Reich eine ganze Menge neue Aufgaben gebracht. Für die Umwidmung des alten Heeres, für Kriegsgefangene, Auslandsdeutsche, für Flüchtlinge mußten die bestehenden Behörden vergrößert, neue Behörden eingerichtet werden. Daß die meisten dieser Behörden so rasch wie möglich wieder abgebaut werden müssen, besteht kein Zweifel. Vom Pensionsetat entfallen allein auf die Militärverwaltung trotz der unzureichenden Renten 1135 Millionen Mark. Diese Belastung wird zweifellos noch lange Zeit bestehen bleiben. Diese Belastung wird aber noch erschwert durch die Pensionen der Angehörigen der früheren kaiserlichen Armee. Diese Kreise, in denen man sehr schlecht auf die Republik zu sprechen ist, haben bisher nicht abgelehnt, von der Republik Geld zu nehmen. (Sehr wahr! links.)

Wir müssen an Pensionen bezahlen für die alte Wehrmacht: 9 Minister, 107 kommandierende Generale und Admirale, 358 Generalleutnants und Vizeadmirale, 958 Generalmajore und Konteradmirale, 1498 Obersten und Kapitäne, 1385 Oberstleutnants, 5729 Majore, 9514 Hauptleute und Rittmeister, sonstige Offiziere 18 501.

Daß sind allein die Pensionäre aus dem Reich der alten Armee. Nun hat ein Gerichtsurteil bestimmt, daß den pensionierten Offizieren die Pension der Stelle zukommt, die sie hatten, nicht des Dienstgrades, den sie bekleideten. Aber die Wünsche dieser Leute geht noch viel weiter. So verlangen die Militärrichter, die mit ihrem Gehalt pensioniert worden sind, daß sie auch jetzt im Gehalt aufrücken. Die Reichswehr hat zurzeit an Pensionären 4 Generale, 23 Generalleutnants, 52 Generalmajore, 134 Obersten, 162 Oberstleutnants, 207 Majore, 379 Hauptleute und 1152 sonstige Offiziere. In der allgemeinen Reichsverwaltung beziehen Wartegeld 21 Staatssekretäre, davon allein 6 aus der Reichskanzlei, 15 Ministerialdirektoren, 27 Präsidenten und Gesandten, die alte Armee stellt 3850 Wartegeldempfänger. Daß in diesen Stellen ein Wechsel stattfindet, liegt am parlamentarischen System. Aber es ist zweifellos nicht zu verstehen, daß Leute, die vielleicht zwei Monate Staatssekretär waren, hier ihr ganzes Leben lang Wartegeld beziehen. Eine andere Art der Versorgung muß Klar greifen. Dann haben wir als Pensionäre 13 Reichskanzler, 35 Minister, 6 Staatssekretäre, 12 Ministerialdirektoren und 50 Präsidenten. Die Herren sollen gewiß nicht ohne Entschädigung auscheiden, aber im Interesse der Reichsfinanzen wird der Frage näher getreten werden müssen, ob jeder, der von außen in den Verwaltungskörper als Staatssekretär, als politischer Beamter hineinkommt, dann gleich als Beamter gelten soll, und damit einen Anspruch auf Wartegeld oder Pension erwirbt.

Die von den Verwaltungen geübte Sparfameit hat manchmal einen ganz wunderlichen Beigeschmack. In Schleswig z. B. braucht eine Garnisonverwaltung 1 Liter Zinte, 6 Meißtite, 200 Bogen Papier und einen Radiergummi, dazu fordert sie 12 Geschäftsleute auf, Dissertationen einzuschreiben. (Heiterkeit.) Wenn in solcher Weise gepart wird, braucht man sich nicht zu wundern, wenn die Ausgaben weiter anwachsen. Nun leiden wir daran, daß wir nicht wie früher die Anleihen für die Ausgaben des außerordentlichen Etats bekommen. Wer soll aber auch einem Staatswesen etwas borgen, daß keine Gläubiger mit 5 Proz. abgefunden hat und ihnen die 5 Proz. in absehbarer Zeit nicht einmal bezahlen wird. Alle Ausgaben des außerordentlichen Etats müssen daher aus den ordentlichen Einnahmen herausgewirtschaftet werden. Die Finanzwirtschaft, die die ohnehin schwer belastete Gegenwart auch noch zugunsten der Zukunft belastet, ist für längere Zeit nicht mehr tragbar. Wenn erst die Reparationsleistungen aus dem Etat herausgewirtschaftet werden, dann wird das Finanzfeld erst recht in die Erschöpfung treten. Nun tun sich heute überall Sparcorporationen auf. Der beste Sparcommis ist aber der Reichstag selbst, er muß nur von seinem Budgetrecht Gebrauch machen. Zum Schluß das eine, man soll nicht einfach mit Zahlen operieren, man stelle die 5 Milliarden, die die Reichsverwaltung kostet, den 3½ Milliarden in Geldwert gegenüber, die wir im Frieden gebraucht haben. Man denke an die Reparationen, 300 Millionen Mark zahlen wir in diesem Jahre aus dem Etat, man denke an die gestiegene Pensionslast, dann wird man jedenfalls sagen müssen, daß der Vorwurf ungerichtet ist, die Republik arbeite zu teuer. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Totlager (Komm.) vermischt auch heute noch die versprochene Neuregelung der Beamtenbesoldung.

Damit ist die Aussprache über die Etats geschlossen. Es folgen zunächst die juristisch gestellten Bestimmungen. Angenommen wird ein Antrag, zur Behebung der Not des Winterstandes 11 368 M. zu bewilligen. Ein deutschnationaler Antrag, 25 Millionen Mark für Siedlungszwecke zu bewilligen, wird an den Hauptauschuß verwiesen. Bewilligt werden 5 Millionen Mark für Kinderbesoldungen.

Das Etatgesetz wird angenommen. Es folgen jetzt die Bestimmungen über die zu den Haushalten vorliegenden Entschliefungen. Als

Die wichtigsten Entschliefungen

sind zu erwähnen:

Beim Haushalt der Reichskanzlei:

Die Vorlage eines Besorgungsgesetzes für politische Beamte.

Beim Auswärtigen Amt:

Stärkere Führungsnahme des Auswärtigen Amtes mit dem Reichsministerium des Innern in der Frage des Auslandsdeutschtums.

Wahrung des Budgetrechts des Reichstags bei der Neuerrichtung deutscher Auslandsvertretungen.

Förderung der Reisen deutscher Studierender ins Ausland und ausländischer Studenten durch Deutschland;

dazu ein sozialdemokratischer Antrag: Diefelbe Förderung ist ferner gemäß auf die Teilnehmer an den von den gewerkschaftlichen Verbänden veranstalteten Wirtschaftsschulen und Wirtschaftskursen auszudehnen.

Beim Reichsministerium des Innern:

Erwägungen über wirksame Schutzmaßnahmen zugunsten der gefährdeten deutschen Minderheiten in fremden Staaten.

Vorlage einer bis zum 1. April d. J. fortgeführten Statistik über den Umfang der ostjüdischen Einwanderung seit dem 1. August 1914.

Vorlage eines Reichsgesetzes gemäß Artikel 48 der Verfassung, Aufhebung des Gesetzes zum Schutze der Republik.

Vorlegung eines Besetzungswurfs über die Amnestierung von Disziplinarvergehen der Reichsbeamten.

Keine Disziplinarmaßnahmen auf Grund von Petitionen oder Schreiben einzuleiten, die von Reichsbeamten herrühren und durch Mitglieder des Reichstags zur Kenntnis der Reichsbehörden gelangt sind.

Vorlage einheitlicher Grundsätze für die Laufbahnen der Beamten aller Reichsbehörden.

Dafür Sorge zu tragen, daß der Sitz von Reichsbehörden an den betreffenden Gebäuden durch das vorgeschriebene amtliche Reichswappen kenntlich gemacht wird.

Das Besorgen der vom Reich zur Verfügung gestellten Dienstwohnungen mit anderen als den verfassungsmäßigen Reichs- und Landesfarben zu verbieten (es erregt allgemeine Heiterkeit, daß für diese Entschliefung, die die Beflaggung mit schwarzrotgoldenen Fahnen verlangt, auch die Kommunisten stimmen).

Vorlage eines Besetzungswurfs zur Regelung der großen christlichen Feiertage.

Bestimmung eines allgemeinen Volkstrauertags für die im Weltkrieg Gefallenen.

Beseitigung der Härten in solchen Fällen, in denen die Unmöglichkeit, die für die Eheschließung oder Ehescheidung gesetzlich vorgeschriebenen Urkunden beizubringen, zu schwerer Gewissensnot geführt hat.

Vorlage von Richtlinien über die Regelung des Rundfunks. Maßnahmen zur Durchführung einer einheitlichen Lehrerbildung durch die einzelnen Länder.

Bereitstellung von Mitteln, um leistungsfähigen und würdigen Kindern unemittelter und wenig bemittelter Eltern eine über die Volksschulstufe hinausgehende Schulbildung zu ermöglichen.

Vorlage einer Denkschrift über die hauswirtschaftliche Ausbildung der Mädchen.

Einheitliche Regelung der Schulbildung taubstummer Kinder in den einzelnen Ländern.

Herausgabe eines einheitlichen statistischen Jahrbuchs für das höhere Schulwesen.

Wiederherstellung der Fahrpreisermäßigungen im früheren Umfange für Fahrten im Interesse der Jugendpflege.

Einführung von 6 Wochenstunden für Leibesübungen in allen Ländern.

Steuerfreiheit bei Veranstaltungen von Leibesübungen. Bei der Abstimmung über eine sozialdemokratische Entschliefung:

„Die Wirksamkeit des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes ist im vollen Umfange wiederherzustellen. wird eine Auszahlung des Hauses vorgenommen. Die Entschliefung wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten abgelehnt. (Wahl-Rufe links.)

Vor der Abstimmung über die vom Hauptauschuß vorgelegten Entschliefungen zur Alkoholverordnung, insbesondere zur Vorlage eines brauchbaren Gemeindebestimmungsrechts beantragte Abg. v. Guérard (Z.) die Rücküberweisung an den Ausschuß. Das wird durch Auszahlung mit 191 gegen 164 Stimmen beschloffen.

Dagegen wird eine Entschliefung angenommen gegen das Umfange des Mißbrauchs von Betäubungsmitteln (Morphium und Kokainismus) mit größerem Nachdruck vorzugehen.

Ministerium für die besetzten Gebiete.

Angenommen werden eine Reihe von Entschliefungen, die eine Verminderung der Befehlsmacht wünscht, Entschädigung an Personen, die während der Besetzung zu Schaden gekommen sind, Gewährung von Darlehen, schnellere Abwicklung des Entschädigungsverfahrens, Maßnahmen zur Beseitigung der Wohnungsnot.

Beim Reichswirtschaftsministerium

wird baldige Durchführung der Produktionsstatistik für die verschiedenen deutschen Wirtschaftszweige verlangt. Ferner werden Maßnahmen zur Erhaltung des Reichswirtschaftsgerichts gefordert. Mit knapper Mehrheit angenommen wird ein sozialdemokratischer Antrag, die Errichtung eines Kartellregisters anzuordnen und ein dem Gemeinwohl des Volkes dienendes unabhängiges Kartellamt einzusetzen. Ferner wird die Reichsregierung um Maßnahmen ersucht, um die unerträgliche Kollage der in der oberfränkischen Spielwarenindustrie Beschäftigten zu mildern. — Im Hauptausschuß mit 174 gegen 156 Stimmen angenommen wird eine Entschliefung, die sich gegen Mißstände im Hausierhandel wendet.

Beim Reichsarbeitsministerium

wird eine Denkschrift über Wohnungsnot und Wohnungsneubau im Deutschen Reich gefordert, ferner eine Denkschrift über das ländliche Siedlungswesen.

Dem sozialpolitischen Ausschuß wird folgende sozialdemokratische Entschliefung überwiesen:

Die Reichsregierung zu ersuchen, mit der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte die Voraussetzungen zu prüfen für

eine Reform der Angestelltenversicherung

auf folgender Grundlage:

1. Unterstellung aller Angestellten unter die Versicherungspflicht mit Ausnahme solcher Angestellten, die als Vertreter des Arbeitgebers zu gelten haben, sofern ihr Jahresgehalt 9000 Mark übersteigt.
2. Verkürzung der Wartezeit für die Hinterbliebenenrente auf 60 Beitragsmonate.
3. Eine wesentliche Erhöhung des Ruhegehalts, der Steigerungsbeträge und der Kinderzuschläge.
4. Ausgestaltung des Heilverfahrens zu einem Rechtsanspruch der Versicherten, sofern der Vertrauensarzt der Anstalt das Heilverfahren befürwortet.
5. Direkte Wahl des Verwaltungsrats durch den Versicherten nach dem Verhältniswahlssystem.
6. Im Falle der Wanderversicherung Anrechnung von Beiträgen, die zur Invalidenversicherung geleistet worden sind, auf die Wartezeit in der Angestelltenversicherung.

Zum Etat des Reichswehrministeriums

werden Anträge auf Schaffung einer besonderen Gehaltsordnung für Reichsheer und Reichsmarine, auf statistische Bearbeitung der Kriegserfahrungen, auf den Gebieten des Gesundheitswesens und der Krankenbewegung und auf Verbesserung der Marinezahnmeisterlaufbahn, angenommen.

Zum Etat des Reichsjustizministeriums

wird eine deutschnationale Entschliefung, wonach das, bei den Prozessen gegen die Kriegsechuldigen vor dem Reichsgericht gemonnene Material herausgegeben werden soll, abgelehnt.

Beim Reichsernährungsministerium

werden Entschliefungen angenommen, die sich beziehen auf Förderung der Grünlandwirtschaft, Gewährung von Krediten, Intensivierung der Betriebe, Berufsausbildung der Landwirte, Förderung des Milchverbrauchs, Ermäßigung der Frachtarbeit, Staatshilfe für Pächter und Siedler. Ein sozialdemokratischer Antrag auf Mitwirkung von Gewerkschaftsvertretern und Betriebsräten bei Beratung und Durchführung der Maßnahmen zur Steigerung der Produktion, wird durch Auszahlung mit 151 gegen 134 Stimmen angenommen. Eine Ausschließung, aus den Ueberschüssen der Reichsgetreidestelle bis zu 50 Millionen Mark zur Förderung der Reitorationen, zur Verfügung zu stellen, wird angenommen.

Beim Reichsfinanzministerium

wird eine sozialdemokratische Entschliefung auf Vorlage eines Besetzungswurfs zur Kenderung des Branntweinmonopolgesetzes angenommen.

Beim Reichspostministerium

wird eine sozialdemokratische Entschliefung, die Reichsregierung zu ersuchen, alle in dauernden Dienstposten befindlichen Helfer bei der Reichspost in das Beamtenverhältnis zu überführen, von der bürgerlichen Rechtheit abgelehnt. Angenommen wird eine Entschliefung, bei Druckaufträgen der Reichsbehörden, die Reichsdruckerei vor der Privatindustrie zu bevorzugen. Die Verhandlungen wurden um 6½ Uhr auf Sonnabend nachmittag 2 Uhr vertagt. Auf der Tagesordnung steht die Beratung des von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Antrags auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses über die Fememorde.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Stenographen für diese Rubrik sind: Berlin S.W. 46, Lindenstraße 1. Bitte an das Bezirksreferat, L. 201, 2. Komp. rechts, zu richten.

Bezirksvorstand.

Heute abend 8 Uhr Sitzung des erweiterten Vorstandes im Jugendheim Lindenstraße 1.

1. Kreis Charlottenburg und Spandau. Juristische Gesellschaft findet am Sonnabend, den 23. Januar, nachmittags von 1-4 Uhr im Jugendheim Lindenstr. 1 statt.

14. Kreis Köpenick. Vorträge zum Thema: „Die Lebensmittelpreise werden niedrig.“ Social-Roulette am 23. Januar, nachmittags 3 Uhr im Volkshaus, Zimmer 43. Wir erwarten zahlreiche Teilnehmer.

Sonntag, den 24. Januar:

11. Wk. Nachmittags 4 Uhr. Abteilungsversammlungen in der Tischfußballturnier. Großer Saal, Gro. u. Kleiner Saal. Die Genossen und Genossinnen sowie Parteimitglieder sind herzlich eingeladen. — Die Wehrleitung.

11. Wk. Köpenick. Nachmittags 4 Uhr findet im Volkshaus ein Winterfest statt, an dem alle Parteimitglieder teilnehmen. Zahlreiche Belegungen der verschiedenen Abteilungen erwünscht.

Verbandsversammlung der Arbeitervereine. Bezirks-Mitglieder: Besuch der Ortsvereine des Bezirks Köpenick. Treffpunkt 7½ Uhr. Treffpunkt: Volkshaus, Köpenick. Treffpunkt: Volkshaus, Köpenick. Treffpunkt: Volkshaus, Köpenick.

11. Wk. Köpenick. Nachmittags 4 Uhr findet im Volkshaus ein Winterfest statt, an dem alle Parteimitglieder teilnehmen. Zahlreiche Belegungen der verschiedenen Abteilungen erwünscht.

11. Wk. Köpenick. Nachmittags 4 Uhr findet im Volkshaus ein Winterfest statt, an dem alle Parteimitglieder teilnehmen. Zahlreiche Belegungen der verschiedenen Abteilungen erwünscht.

11. Wk. Köpenick. Nachmittags 4 Uhr findet im Volkshaus ein Winterfest statt, an dem alle Parteimitglieder teilnehmen. Zahlreiche Belegungen der verschiedenen Abteilungen erwünscht.

11. Wk. Köpenick. Nachmittags 4 Uhr findet im Volkshaus ein Winterfest statt, an dem alle Parteimitglieder teilnehmen. Zahlreiche Belegungen der verschiedenen Abteilungen erwünscht.

11. Wk. Köpenick. Nachmittags 4 Uhr findet im Volkshaus ein Winterfest statt, an dem alle Parteimitglieder teilnehmen. Zahlreiche Belegungen der verschiedenen Abteilungen erwünscht.

11. Wk. Köpenick. Nachmittags 4 Uhr findet im Volkshaus ein Winterfest statt, an dem alle Parteimitglieder teilnehmen. Zahlreiche Belegungen der verschiedenen Abteilungen erwünscht.

11. Wk. Köpenick. Nachmittags 4 Uhr findet im Volkshaus ein Winterfest statt, an dem alle Parteimitglieder teilnehmen. Zahlreiche Belegungen der verschiedenen Abteilungen erwünscht.

11. Wk. Köpenick. Nachmittags 4 Uhr findet im Volkshaus ein Winterfest statt, an dem alle Parteimitglieder teilnehmen. Zahlreiche Belegungen der verschiedenen Abteilungen erwünscht.

11. Wk. Köpenick. Nachmittags 4 Uhr findet im Volkshaus ein Winterfest statt, an dem alle Parteimitglieder teilnehmen. Zahlreiche Belegungen der verschiedenen Abteilungen erwünscht.

11. Wk. Köpenick. Nachmittags 4 Uhr findet im Volkshaus ein Winterfest statt, an dem alle Parteimitglieder teilnehmen. Zahlreiche Belegungen der verschiedenen Abteilungen erwünscht.

11. Wk. Köpenick. Nachmittags 4 Uhr findet im Volkshaus ein Winterfest statt, an dem alle Parteimitglieder teilnehmen. Zahlreiche Belegungen der verschiedenen Abteilungen erwünscht.

11. Wk. Köpenick. Nachmittags 4 Uhr findet im Volkshaus ein Winterfest statt, an dem alle Parteimitglieder teilnehmen. Zahlreiche Belegungen der verschiedenen Abteilungen erwünscht.

11. Wk. Köpenick. Nachmittags 4 Uhr findet im Volkshaus ein Winterfest statt, an dem alle Parteimitglieder teilnehmen. Zahlreiche Belegungen der verschiedenen Abteilungen erwünscht.

11. Wk. Köpenick. Nachmittags 4 Uhr findet im Volkshaus ein Winterfest statt, an dem alle Parteimitglieder teilnehmen. Zahlreiche Belegungen der verschiedenen Abteilungen erwünscht.

11. Wk. Köpenick. Nachmittags 4 Uhr findet im Volkshaus ein Winterfest statt, an dem alle Parteimitglieder teilnehmen. Zahlreiche Belegungen der verschiedenen Abteilungen erwünscht.

11. Wk. Köpenick. Nachmittags 4 Uhr findet im Volkshaus ein Winterfest statt, an dem alle Parteimitglieder teilnehmen. Zahlreiche Belegungen der verschiedenen Abteilungen erwünscht.

11. Wk. Köpenick. Nachmittags 4 Uhr findet im Volkshaus ein Winterfest statt, an dem alle Parteimitglieder teilnehmen. Zahlreiche Belegungen der verschiedenen Abteilungen erwünscht.

11. Wk. Köpenick. Nachmittags 4 Uhr findet im Volkshaus ein Winterfest statt, an dem alle Parteimitglieder teilnehmen. Zahlreiche Belegungen der verschiedenen Abteilungen erwünscht.

11. Wk. Köpenick. Nachmittags 4 Uhr findet im Volkshaus ein Winterfest statt, an dem alle Parteimitglieder teilnehmen. Zahlreiche Belegungen der verschiedenen Abteilungen erwünscht.

11. Wk. Köpenick. Nachmittags 4 Uhr findet im Volkshaus ein Winterfest statt, an dem alle Parteimitglieder teilnehmen. Zahlreiche Belegungen der verschiedenen Abteilungen erwünscht.

11. Wk. Köpenick. Nachmittags 4 Uhr findet im Volkshaus ein Winterfest statt, an dem alle Parteimitglieder teilnehmen. Zahlreiche Belegungen der verschiedenen Abteilungen erwünscht.

11. Wk. Köpenick. Nachmittags 4 Uhr findet im Volkshaus ein Winterfest statt, an dem alle Parteimitglieder teilnehmen. Zahlreiche Belegungen der verschiedenen Abteilungen erwünscht.

11. Wk. Köpenick. Nachmittags 4 Uhr findet im Volkshaus ein Winterfest statt, an dem alle Parteimitglieder teilnehmen. Zahlreiche Belegungen der verschiedenen Abteilungen erwünscht.

11. Wk. Köpenick. Nachmittags 4 Uhr findet im Volkshaus ein Winterfest statt, an dem alle Parteimitglieder teilnehmen. Zahlreiche Belegungen der verschiedenen Abteilungen erwünscht.

11. Wk. Köpenick. Nachmittags 4 Uhr findet im Volkshaus ein Winterfest statt, an dem alle Parteimitglieder teilnehmen. Zahlreiche Belegungen der verschiedenen Abteilungen erwünscht.

11. Wk. Köpenick. Nachmittags 4 Uhr findet im Volkshaus ein Winterfest statt, an dem alle Parteimitglieder teilnehmen. Zahlreiche Belegungen der verschiedenen Abteilungen erwünscht.

11. Wk. Köpenick. Nachmittags 4 Uhr findet im Volkshaus ein Winterfest statt, an dem alle Parteimitglieder teilnehmen. Zahlreiche Belegungen der verschiedenen Abteilungen erwünscht.

11. Wk. Köpenick. Nachmittags 4 Uhr findet im Volkshaus ein Winterfest statt, an dem alle Parteimitglieder teilnehmen. Zahlreiche Belegungen der verschiedenen Abteilungen erwünscht.

11. Wk. Köpenick. Nachmittags 4 Uhr findet im Volkshaus ein Winterfest statt, an dem alle Parteimitglieder teilnehmen. Zahlreiche Belegungen der verschiedenen Abteilungen erwünscht.